Faktenpapier Schweinehaltung

Bauernhöfe
statt Agrarfabriken

Für eine zukunftsfähige,

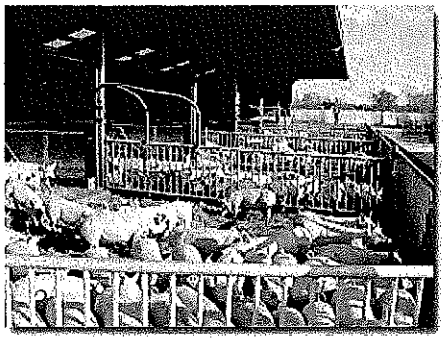
artgerechte und nachhaltige

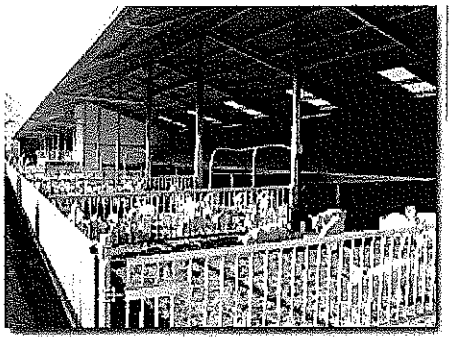
Nutztierhaltung in

bäuerlicher Landwirtschaft

Das bundesweite Netzwerk

Bauernhöfe statt Agrarfabriken





Eckehard Niemann
29553 Varendorf

Vertreter der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft – AbL
in der Koordination des bundesweiten Netzwerks „Bauernhöfe statt Agrarfabriken"

Pressesprecher des AbL-Landesverband Niedersachsen/Bremen

Netzwerk
Bauernhöfe statt Agrarfabriken

Agrarfabriken boomen – der Widerstand wächst

Wer wir sind:
In vielen Regionen Deutschlands werden derzeit neue, immer größere Tierhaltungen gebaut oder bestehende Anlagen erweitert. Teils findet dies in bereits hoch belasteten Intensiv-Regionen auf Standorten der ehemaligen DDR-Agrarindustrie statt. Die Tendenz geht dabei zu rasant steigenden Tierkonzentrationen in immer weniger agrarindustriellen Anlagen. Agrarfabriken mit Größenordnungen von rund 90.000 Schweinen, 800.000 Legehennen und 500.0000 Masthähnchen befinden sich in Genehmigungsverfahren oder bereits in Betrieb. Mit Hilfe der EU, der Bundes- und Landesregierungen sowie Verbänden der Agrar- und Ernährungsindustrie wachsen Tierhaltungskonzerne heran, deren Kern außerlandwirtschaftliche Investoren bilden. Landwirte geraten dabei die die Rolle von abhängigen Lohnempfängern ohne Eigenständigkeit und Kontrolle über die Art der Tierhaltung und der Fütterung in ihren Ställen.

Im Herbst 2009 gründeten Bürgerinitiativen, die sich gegen diese Massentierhaltungen wehren, gemeinsam mit Umwelt- und Tierschutzverbänden, Vertretern aus dem kirchlichen Bereich und der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) das bundesweite **Netzwerk Bauernhöfe statt Agrarfabriken.**

Wir Bürgerinitiativen und Verbände lehnen die Tierhaltung nach industriellen Maßstäben in Agrarfabriken ab. Als Bündnis setzen wir uns dafür ein, die Haltung von Nutztieren in Deutschland nachhaltig umgestalten zu einer klima-, tier- und sozialverträglichen Tierhaltung in bäuerlicher Hand und in lebendigen ländlichen Regionen. Den Ausbau von Agrarfabriken werden wir vor Ort und auf politischer Ebene bremsen. Wir werden bundesweit und in unseren Regionen auf die negativen Auswirkungen der Industrialisierung in der Tierhaltung aufmerksam machen und Alternativen für und mit der bäuerlichen Landwirtschaft entwickeln. Da die industrielle Tierhaltung auch negative Auswirkungen in anderen Ländern nach sich zieht, sind wir international mit Bauern-, Umwelt- und Entwicklungsorganisationen vernetzt.
Wir streben eine Qualitätsproduktion an, bei der Klima-, Umwelt- und Tierschutz zum Nutzen der Verbraucherinnen und Verbraucher und der Bäuerinnen und Bauern den Maßstab bilden. Erfolgreiche Vorbilder für das Modell der nachhaltigen, bäuerlichen Tierhaltung sind NEULAND-Fleisch, die Richtlinien des ökologischen Landbaus, der Thönes-Natur-Verbund und viele weitere. Um die umwelt- und tiergerechte Fleisch-, Eier- und Milcherzeugung flächendeckend voran zu bringen, müssen die politischen Rahmenbedingungen konsequent auf bäuerliche, regionale Strukturen, Umwelt- und Tierschutz ausgerichtet werden.
Beim Fleischkonsum in Deutschland setzen wir auf ein wachsendes Verbraucherbewusstsein im Sinne von „artgerecht & maßvoll statt billig & massenhaft".

Was wir wollen:

1. **Vielfalt, Gerechtigkeit und Arbeitsplätze in ländlichen Regionen - Privilegien für industrielle Tierhaltung abschaffen**

Wir stellen fest, dass unsere ländlichen Regionen Schaden nehmen durch die Ausweitung der Tierhaltung nach industriellen Maßstäben. Die Privilegierung beim Bau neuer Ställe außerhalb von Gemeinden war ursprünglich konzipiert für ansässige landwirtschaftliche Betriebe, die auf ihrer Fläche eine passende Anzahl Tiere hielt und Futter und Dung im Sinne der Kreislaufwirtschaft verwertete. Dieses Privileg im Baurecht ist in der vergangenen Dekade so weit geöffnet und verwässert worden, dass auch Stallanlagen davon profitieren, die wie Industriebetriebe funktionieren und eine Genehmigung als Industrieanlage erfordern. Solche Anlagen schöpfen den zulässigen Immissionsrahmen aus und schränken so die Möglichkeiten ortsansässiger Bauern für einen späteren Stallbau ein. Anwohner müssen bisher gesundheitliche Beeinträchtigungen, Wertverluste an Lebensqualität, bei Grundstücken, Gebäuden, anderen Wirtschaftsgütern und der Erholungsqualität

ganzer Regionen hinnehmen. Das geltende Baurecht vernichtet Arbeitsplätze in ländlichen Regionen, zumal die neuen Stallanlagen in hohem Maße rationalisiert sind. Große Anlagen bieten nur wenige und unattraktive Billigstlohn-Arbeitsplätze und vernichten Arbeitsplätze auf konkurrierenden bäuerlichen Betrieben. Auch Gemeinden und Landkreise fordern inzwischen eine Änderung dieser Rechtslage, um eine geordnete Flächenplanung zu ermöglichen - im Interesse von AnwohnerInnen, Tourismus und anderen Wirtschaftsbereichen, die auf eine intakte Umwelt angewiesen sind.

Daher fordern wir von der Bundesregierung, das Privileg für das Bauen im Außenbereich auf die bäuerliche[1], flächengebundene Tierhaltung zu begrenzen. Tierhaltungen ohne direkte Flächenbindung und Anlagen, die eine Umweltverträglichkeitsprüfung oder eine Genehmigung nach Bundes-Immissionsschutz-Gesetz erfordern, sind vom Bauprivileg ausschließen. Die Beteiligungsrechte der Öffentlichkeit müssen gestärkt werden.

2. Klima- und Tierschutz wirksam verbessern

Rund 70 Prozent der Treibhausgase der Landwirtschaft in Deutschland stammen aus der Tierhaltung. Die industrielle Tierhaltung ist hauptverantwortlich für Ammoniak-Emissionen, für Waldschäden und für Nitratbelastungen in Gewässern. Diese Tierhaltung trägt massiv zur Überdüngung bei – zulasten des Klimas und der Artenvielfalt. Deutschland hat sich verpflichtet, diese Emissionen erheblich zu verringern und den Verlust der Artenvielfalt zu bremsen. Dennoch werden immer neue Ställe genehmigt, von denen immer mehr Emissionen ausgehen.

In tiergerechten Haltungen bestehen erhebliche Potentiale zur Entlastung des Klimas, z.B. durch Tierhaltung auf Stroh in nicht klimatisierten Ställen. Eine solche Tierhaltung in bäuerlichen Dimensionen ist nachbarschafts- und umweltverträglich und in jedem Dorf für eine Vielzahl von Höfen vereinbar mit den Ansprüchen der Nachbarschaft und Umwelt zur Vermeidung von Immissionen.

Weniger als 5 % der Nutztiere in Deutschland werden bisher auf Ökohöfen oder nach anderen besonders tiergerechten Richtlinien gehalten.

Nicht artgerecht ist, was in den deutschen Haltungsverordnungen für Nutztiere steht. Schweinen die Schwänze abzuschneiden, Hühnern die Schnäbel zu stutzen oder Geflügel aus Qualzucht zu mästen ist nicht tiergerecht, aber in Deutschland üblich. Nach dem geltendem Recht sind Stallbauten zulässig, die zu massiven Leiden und Verhaltensstörungen bei den Tieren führen.

Wir fordern von der Bundesregierung, die Standards für den Umwelt- und Tierschutz in der Tierhaltung deutlich zu verbessern. Tierschutzverbände müssen ein Klagerecht erhalten, um den im Grundgesetz verankerten Tierschutz wirksam umzusetzen. Die Bundesregierung muss einen Tierschutz-TÜV für Stallbauten und ein entsprechendes Zulassungsverfahren für alle Tierarten einrichten.

3. Kennzeichnung der Haltungsform auf tierischen Lebensmitteln

Seit 2004 ist die Kennzeichnung von Eiern EU-weit gesetzlich geregelt. Am Stempel auf dem Frühstücksei erkennt der Konsument, ob ein Ei vom Biohof (Kennziffer 0) oder aus Käfighaltung (Kennziffer 3) stammt. Heute greifen rund 65 Prozent der Verbraucher zu Eiern aus alternativen Tierhaltungen. Das Käfigei ist seit der Kennzeichnung zum Ladenhüter geworden und aus vielen Supermarkt-Regalen verbannt worden.

Nur wenn Verbraucherinnen und Verbraucher erkennen können, aus welcher Haltungsform Fleisch, Wurst und Milchprodukte stammen, haben sie Wahlfreiheit. Doch eine verbindliche Kennzeichnung von Fleisch- und Milchprodukten fehlt bislang.

Wir fordern von der Bundesregierung und der EU-Kommission eine verbindliche Kennzeichnung der Tierhaltungsform auf Fleisch- und Milchprodukten.

4. Agrarsubventionen nur für höhere Standards im Tier- und Umweltschutz

In Umfragen geben EU-Bürger/innen an, dass sie zuallererst eine artgerechte Tierhaltung von der Landwirtschaft erwarten. Trotzdem werden Agrarfabriken mit Steuergeldern gefördert. Mit Mitteln der EU, von Bund und Ländern, die dem Namen nach der ländlichen Entwicklung dienen sollen, wird genau das Gegenteil finanziell unterstützt, ohne dass die Subventionsempfänger die

[1] Als „bäuerlich" definieren wir: 50 % des benötigten Futters stammen von hofeigenen Flächen; ausreichende Flächen für die umweltverträgliche Ausbringung der Gülle; kein Einsatz gentechnisch veränderter Futtermittel; selbstständiges Wirtschaften in Familienbetrieben oder solidarischen Kooperationen ; Generationenverantwortung statt kurzfristige Gewinnmaximierung.

gesellschaftlich geforderten Tierschutz- und Umweltschutzstandards nachweisen müssen. Der Tierschutz verbessert sich durch diese Förderung zumeist nicht. Die Förderung wirkt auch dem Umweltschutz entgegen. Gleichzeitig wurden Umwelt- und Tierschutzstandards in Deutschland in den vergangenen fünf Jahren massiv gesenkt.
Auch die staatliche Förderung für Schlachthof- und Molkereikonzerne hat keinen gesellschaftlichen Nutzen. Vielmehr trägt sie dazu bei, dass Überkapazitäten geschaffen werden, die Konzentration innerhalb der verarbeitenden Industrie zunahm und handwerkliche Betriebe verdrängt wurden. Wir lehnen eine Förderung ab, die zu Lasten von Arbeitsplätzen und der Mehrheit der landwirtschaftlichen Erzeuger/innen geht.

Wir fordern von Bund und Ländern, diese schädlichen Subventionen zu stoppen und die Investitionsförderung für Tierhaltungen strikt an die Verbesserung der Standards im Tier- und Umweltschutz zu koppeln. Staatliche Förderung für verarbeitende Unternehmen muss zugunsten der handwerklichen und regionalen Verarbeitung umverteilt werden und die Produktion besonders nachhaltiger Qualitäten befördern.

5. Überproduktion abbauen, Exportsubventionen streichen

Wir stellen fest, dass EU-weit bei allen tierischen Lebensmitteln Überproduktion herrscht. Jeder neu geschaffene Tierplatz führt zu einer Ausweitung der Überschüsse. Die Überproduktion ermöglicht der Ernährungsindustrie und dem Handel, die Preise für die tierischen Produkte unter die Erzeugungskosten zu drücken und ruiniert so alljährlich Tausende von Bauernhöfen.
Der Export der Überschüsse auf den Weltmarkt stellt keine Alternative dar, weil die Weltmarktpreise i.d.R. unterhalb der Erzeugungskosten in Deutschland liegen[2]. Die Prognosen der EU-Kommission, dass insbesondere aus Russland und China eine steigende Nachfrage für Milch- und Fleischprodukte aus der EU zu erwarten sei, haben sich als falsch erwiesen[3]. Staatliche Exportsubventionen treiben die Preise zusätzlich nach unten und schaden den Bauern hier und insbesondere auch Kleinbauern in Entwicklungsländern. Die Mehrheit der Bundesbürger lehnt dagegen Exportsubventionen ab und befürwortet staatliche Maßnahmen zum Abbau der Überschussproduktion. Der wachsende Export von Lebensmitteln aus industrieller Tierhaltung in der EU leistet dem ungesunden, übermäßigen Konsum tierischer Erzeugnisse weltweit Vorschub. Exportiert werden nicht nur Fleisch und Milch, sondern auch ein nicht nachhaltiger Lebensstil. Dies ist ethisch unverantwortlich angesichts des zunehmenden Hungers und der sich verschärfenden weltweiten Flächenkonkurrenz.
Notwendig ist eine politische Regulierung, um die Produktionsmengen tierischer Lebensmittel zu senken und an den Bedarf in der EU auszurichten. So können faire landwirtschaftliche Erzeugerpreise erreicht und der Konkurrenzdruck zum „Wachsen oder Weichen" gemindert werden.

Wir fordern von der Bundesregierung und der EU-Kommission, die Tierhaltung in Deutschland und in Europa wieder aus der Industrie auf die Bauernhöfe zu holen, sie auf klima- und tiergerechte Verfahren umzustellen und damit die Überproduktion abzubauen.
Exportsubventionen sind abzuschaffen.

6. Heimische Futtermittel ohne Gentechnik

In Deutschland und Europa fehlt die Futtergrundlage für die industrielle Tierhaltung und die Überschussproduktion. Weit über 70 % der Eiweißfuttermittel werden importiert, überwiegend als gentechnisch veränderte Soja aus Brasilien und Argentinien. Infolge der zunehmenden Sojaplantagen für das Futter in unseren Viehtrögen werden Regenwald und Moore zerstört und der Lebensmittelanbau der lokalen Bevölkerung verdrängt. So trägt die industrielle Tierhaltung massiv zum Klimawandel bei und verschärft die Hungerkrise in vielen Ländern.

Wir fordern von der Bundesregierung und der EU-Kommission eine Eiweißstrategie zur Sicherung der Selbstversorgung mit heimischen Futtermitteln. Tierische Lebensmittel, die mit gentechnisch veränderten Futtermitteln erzeugt wurden, müssen verbindlich gekennzeichnet werden.

Für eine zukunftsfähige und nachhaltige Nutztierhaltung auf bäuerlichen Betrieben – gegen Agrarfabriken!

---

[2] Europäischer Rechnungshof, Luxemburg 23.7.2009; http://eca.europa.eu/portal/pls/portal/docs/1/3096296.PDF
[3] Vgl. „Die Lage auf dem Milchmarkt im Jahr 2009", EU Kommission 22.7.2009 und „Die EU fällt beim Export von Schweinefleisch zurück", Agra-Europe 44/09, 26.10.2009

Kritischer Agrarbericht 2013

Jahresrückblick auf den Schweinesektor

Auch nachdem die Preise für Mastschweine von Juli bis September 2012 von 1,63 auf 1,90 Euro pro Kilogramm Schlachtgewicht stiegen und die Ferkelpreise auf 54 Euro, blieben sie doch unter der Schwelle der Kostendeckung von 2 Euro pro Kilogramm bzw. 65 Euro pro Ferkel (1). Nur eine Ursache lag in den parallel dazu gestiegenen Einkaufspreisen für Schweinemast-Mischfutter (das immerhin 50 Prozent der Kosten ausmacht) von Januar 2012 bis September 2012 von 250 Euro pro Tonne im Januar 2012 auf über 300 Euro pro Tonne im September 2012. Dabei war der Preis von Sojaschrot sogar um 50 Prozent auf 500 Euro pro Tonne gestiegen. Vor allem infolge dieser explodierenden Futterpreise und auch wegen Tierschutz- und Umweltauflagen sank die Zahl der in Deutschland geschlachteten Schweine von 29,16 Millionen (im 1. Halbjahr 2011) auf 28,91 Mio. (im 1. Halbjahr 2012) – also um etwa 1 Prozent (laut Boerderij vom 11.10.2012 sanken auch die Schlachtzahlen in der EU um 1 Prozent). Dies bestätigte einmal mehr sehr deutlich die agrarökonomische Erkenntnis, dass eine Verringerung der Angebotsmenge zu einer weit überproportionalen Erzeugerpreis-Steigerung führt.

So liegt die wesentliche Ursache der seit fünf Jahren Jahren nicht mehr kostendeckenden Erzeugerpreise für Ferkel und Mastschweine in der massiven Überproduktion. Der Selbstversorgungsgrad von Schweinefleisch ist seit 2010 von 110 auf nunmehr 120 Prozent angestiegen.(2) Diese Überschüsse werden von den Schlachtkonzernen systematisch angeheizt, um sie auf dem „Weltmarkt", vor allem in Russland und Hongkong, zu Billigpreisen abzusetzen. Auch in der EU ist der Selbstversorgungsgrad bei Schweinefleisch 2011 auf 112 Prozent gestiegen (3). Eine solche Überschuss-Erzeugung nützt allenfalls den Umsätzen der Fleischkonzerne und den daran gekoppelten Gehältern von Managern, drückt aber angesichts einer stagnierenden und sogar leicht sinkenden Binnen-Nachfrage dauerhaft die Erzeugerpreise der Landwirte. Entsprechend stark waren Betriebsaufgaben und eine weitere Konzentration der Tierbestände.

Diese Weltmarkt-Orientierung der Fleischkonzerne führt auch angesichts der wachsenden Konkurrenz der brasilianischen und US-Fleischkonzerne zu einer Verschärfung der deutschen und europäischen Schweinemarktkrise Zu hiesigen Preisen produzieren und zu brasilianischen Billigpreisen auf dem Weltmarkt verkaufen – diese Rechnung kann nicht aufgehen. Bei den in Brasilien und den USA herrschenden Umwelt-, Sozial- und Klimabedingungen lässt sich Schweinefleisch um ein Drittel billiger als in Europa erzeugen (4). Zudem baut Russland mit Hilfe ausländischer Konzerne (u.a. auch Tönnies) seine eigene Schweineproduktion rasch aus und wird in wenigen Jahren selbst Schweinefleisch exportieren. Auch China strebt die Selbstversorgung an und kauft in großem Umfang den Sojamarkt leer.

Einen „holprigen Weg" und ein Absinken der Schweinepreise (bei anhaltend hohen Futterkosten) sagt denn auch die AMI-Marktberichterstattung voraus –wegen rückläufigen Verbrauchs, weiter steigendem Angebot und einer gedämpften Nachfrage im Export (5). Offen ist, inwieweit die ab 2013 EU-weit verbindlich vorgeschriebene Umstellung auf die Gruppenhaltung der Sauen zu einem weiteren Ausscheiden von Sauenhaltern führt und inwieweit der Bau neuer Stallkapazitäten diesen Rückgang kompensiert oder überkompensiert. Zu befürchten ist, dass solche Vorgaben ohne begleitende Umstellungs-Förderprogramme den Strukturwandel weiter fördern.

Wenn in dieser Situation trotzdem weiter eine große Zahl neuer Schweine-Anlagen gebaut wird, dann liegt das einerseits daran, dass viele Verbandspolitiker und Investoren diese strukturelle Krise immer noch als vorübergehende Schwächeperiode betrachten, und andererseits daran, dass agrarindustrielle Investoren und Futtermittelkonzerne mit Blick auf eine spätere Marktmacht weitere Agrarfabriken mit Tausenden von Sauen und Zehntausenden von Mastschweinen aufbauen.

Der holländische Agrarindustrielle Adrianus Straathof hält vor vor allem an Standorten der ehemaligen DDR-Agrarindustrie bereits etwa 35.000 Sauen *(Ldw. Wochenblatt Westfalen-Lippe 48/2010)*. Jeweils viele tausende Sauenplätze haben weitere niederländische Investoren wie van Gennip, van Asten, Johannes Maria Straathof, van Nooren, Poels, van Dijck, van der Velde, van Genugten oder Verschelde, daneben auch dänische Investoren (Kirketerp) oder westdeutsche Unternehmen wie ZNVG eG, Einer Schweinezucht, RVV Twistringen eG, WULFA Dinklage, Woestmann, Oberhoff, Kläne Menke, Görtz, Ahlers, Grundkötter sowie direkte Nachfolgebetriebe der so genannten Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften aus DDR-Zeiten.

Bei den Schweinemast-Konzernen mit Zigtausenden von Stallplätzen findet man viele der obigen Namen wieder, außerdem Unternehmen wie Arts und Bolder, Schmidt/SAZA, Kronseder, Osterhuber oder Thiermann *(6)*.

In welchem Umfang Futtermittel- und Genetik-Konzerne (wie Hendrix, Fleming & Wendeln oder GS agri) bei Agrarfabriken beteiligt oder dominant sind, ist schwer abzuschätzen. Berater gehen davon aus, dass etwa ein Drittel der deutschen Schweinebestände bereits in verdeckter Lohnmast gehalten wird. Nach Einschätzung des niedersächsischen Kammerberaters Arnold Krämer befindet sich ein großer Teil der Sauenanlagen mit 800 und mehr Plätzen in Niedersachsen und im Osten schon nicht mehr in der Hand der ursprünglichen Investoren, sondern bereits in zweiter oder sogar dritter Hand. Bei Kaufpreisen von 50 bis 80 Prozent der Baukosten könnten die Übernehmer solche Anlagen mit geringeren Kapitalkosten weiter bewirtschaften. Betriebsleitern rät Krämer zu Vorsicht bei großen Investitionen (7).

Angesichts der rasanten Industrialisierung im Schweinesektor scheint klar: Wenn jetzt nicht gehandelt wird, dann beherrschen in wenigen Jahren Konzerne auch die Schweinehaltung - wie jetzt schon in der Geflügelbranche. Allein im Jahre 2011 sank die Zahl der schweinehaltenden Betriebe weiter um 2.000 auf 30.900 (8), im ersten Halbjahr 2012 um weitere 800.

Die niederländischen und belgischen Schweinehalter-Verbände setzen sich in dieser Lage klar für die Interessen ihrer Mitglieder ein - auch gegenüber genossenschaftlichen Schlachtunternehmen: zum Beispiel mit ihrer Forderung nach einer gezielten Reduzierung der von den Landwirten gehaltenen Schweine mit dem Ziel einer Erzeugerpreis-Erhöhung. Im Gegensatz dazu verfolgt der Deutsche Bauernverband weiter eine Partnerschafts-Strategie der gemeinsamen „Wertschöpfungskette" mit den Fleischkonzernen. Die vier größten von ihnen (Tönnies, VION, Westfleisch, D&S-DanishCrown) haben bereits 60 Prozent Marktanteil. Sie nutzen aktuell die Überschuss-Situation und ihre Marktmacht aus, indem sie - entgegen den mit den Mästern vereinbarten Preisregelungen – Schweine zu niedrigeren „Hauspreisen" aufkaufen oder die Zahlungsziele verlängern.

Die Interessengemeinschaft der Schweinehalter Deutschlands (ISN) sah kürzlich sogar deutliche Anzeichen dafür, dass die von den Schlachtunternehmen gemeldeten Schlachtgewichte deutlich über den tatsächlichen lagen – vermutlich um auf diese Weise eine ausreichende Versorgung des Schweinefleischmarktes zu suggerieren und weitere Preissteigerungen zu verhindern (9). Laut ISN

wurde angesichts zu hoher Erzeugerpreise von einigen großen Schlachtunternehmen eine Einschränkung der Schlachtungen für die nächste Vermarktungswoche angedroht, wenn der Preis nicht um 5 Cent auf 1,88 Euro pro Kilogramm falle (10).

Kostendeckende und auskömmliche Erzeugerpreise sind nur möglich, wenn die Überschussproduktion abgebaut wird. Aktuell bestehen hierfür wichtige Möglichkeiten: Die anstehende Novellierung des Bundesbaugesetzes kann den weiteren Bau großer gewerblicher Schweineanlagen mit mehr als 1.500 Mast- und 560 Sauenplätzen bremsen oder sogar verhindern und damit auch die damit verbundene Überschuss-Ausweitung. Auch Umwelt- und Tierschutzforderungen wirken in diese Richtung: Der Tierschutzplan der niedersächsischen Landesregierung ist Ausdruck der Tatsache, dass die EU-Kommission nunmehr auf die Einhaltung ihrer Schweinehaltungs-Richtlinien drängt und diese im Rahmen der EU-Agrarreform zur Voraussetzung der Prämienzahlungen macht. Das Abschneiden (Kupieren) der Schweineschwänze, um die haltungsbedingt gestressten Tiere am Schwänzebeißen zu hindern, wäre zukünftig EU-weit nicht mehr möglich. Man wird den Tieren deshalb nicht nur mehr Platz, sondern auch Stroh (wie von der EU gefordert) und Auslauf geben müssen. Hierzu sind jetzt Umstellungs- und Förderungsprogramme nötig.

Genau diese Forderungen nach einer artgerechten Tierhaltung auf „Bauernhöfen statt in Agrarfabriken" werden von einer starken gesellschaftlichen Bewegung unterstützt. Diese sind nicht gegen Bauern gerichtet, sondern könnten und müssten jetzt von Bauern genutzt werden: Eine an Futterflächen gebundene, antibiotika-unabhängige Tierhaltung mit mehr Platz, Stroh und Auslauf für die Tiere senkt nicht nur europaweit die Überschüsse - diese Forderungen können nur Bauernhöfe und nicht Agrarfabriken ausfüllen.

Von Eckehard Niemann, Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft – AbL

Anmerkungen

(1) Alle Preisangaben aus: Kohlmüller, Matthias (2012):Landvolk: Schweinepreise sind zu niedrig. Agrarmarkt-Informationsgesellschaft AMI. Pressemeldung zum Vortrag beim DBV-Veredlungstag in Schweringen am 13.9.2012. In: agrarheute.com vom 16.7.2012

(2) BMELV, Statistik und Berichte, Tabelle 280 - Versorgung mit Fleisch, 21.2.2012 sowie Kohlmüller, siehe Anm. 1

(3) Landesanstalt für Entwicklung der Landwirtschaft und der ländl. Räume: Agrarmärkte 2011/2012, Schwäbisch Gmünd

(4) Hesse, Dirk (2010): Weltweite Trends in den Schweineproduktion, Vortrag vor DLG-Ausschuss Schweineproduktion.Manuskript

(5) Kohlmüller, siehe Anm. 1

(6) Niemann, Eckehard (2010): Die verschwiegene Agrarindustrialisierun. In: Kritischer Agrarbericht Landwirtschaft 2010, AgrarBündnis (Hg.), Hamm, S. 46-50

(7) top agrar, März 2012, Sauen –Wege aus der Krise

(8) Statistisches Bundesamt – Destatis, BMELV, Pressemitteilung vom 12.1.2012

(9) agrarheute 8.10.2012: ISN zweifelt Schlachtstatistik an

(10) ISN - Internetseite, 12.10.2012: Warum fällt der Schweinepreis?

Pressemitteilung
EU-Vorgabe für Schweinehaltung mit Ringelschwänzen und mit Stroh - neue Chancen für bäuerliche Schweinehaltung

EU-Richtlinie erzwingt Schweinehaltung auf Stroh mit nicht amputierten Ringelschwänzen - Neue Chancen für „Bauernhöfe statt Agrarfabriken" -

Faktenpapier der AbL Niedersachsen/Bremen belegt Bedeutung und Praktikabilität von stressfreier Schweinehaltung auf Stroh – ohne Schwanzbeißen und mit Chancen für mittelständisch-bäuerliche Betriebe

„Stroh in den Schweineställen ist das einzige Mittel, das Schwanzbeißen der Tiere zu verhindern, wenn in Kürze das Kupier-Verbot der EU umgesetzt wird, das es verbietet, den Schweinen die Ringelschwänze zwecks Anpassung an stressige Haltungsbedingungen zu amputieren." Diese Bedeutung einer Schweinehaltung auf und mit Stroh und mit einem beschränkten Auslauf der Tiere hat der Landesverband Niedersachsen/Bremen der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) mit einem umfangreichen Faktenpapier über entsprechende wissenschaftliche und praxisnahe Untersuchungen untermauert. Man wolle damit, so der AbL-Landesvorsitzende Ottmar Ilchmann, auch die Behauptungen agrarindustriell ausgerichteter Verbände widerlegen, wonach man das Schwanzbeißen unter stressigen Haltungsbedingungen auch mit anderen Maßnahmen bei Fütterung, Zucht, Management, Stallklima, Platzangebot oder mit Plastik-„Spielzeugen" auch in agrarindustriellen Megaställen in den Griff bekommen könne.

„All diese Maßnahmen", so Ilchmann, „sind selbstverständlich Voraussetzungen einer einer artgerechten Haltung – aber bei einem neugierigen, geruchsempfindlichen und intelligenten Tier mit angeborenem Wühltrieb wie dem Schwein geht an Stroh und Auslauf kein Weg vorbei!" Die anstehende europaweite Durchsetzung des EU-Kupierverbots bedeute auch wegen der damit verbundenen Rolle des Strohs eine Chance zur Stärkung einer mittelständisch-bäuerlichen Schweinehaltung und einer Zurückdrängung agrarindustrieller Tierfabriken: In flächenverbundenen, bäuerlichen Strukturen könne diese Haltung viel besser umgesetzt werden, durch die dafür erforderlichen Umbauprogramme würde die erzeugerpreis-drückende Überschuss-Produktion endlich EU-weit abgebaut.

In dem AbL-Faktenpapier werden vorab die bereits gültigen Vorschriften der EU zitiert, die das Kupieren der Schwänze nur in Einzelfällen erlaubt. In einem Gutachten der EU heißt es dazu: „Vieles weist darauf hin, dass schwanzbeißende Schweine wahrscheinlich frustriert und daher ein Hinweis auf beeinträchtigtes Wohlergehen sind; Schwanzbeißen kann das Wohlergehen der Tiere sehr stark beeinträchtigen, und Schwanzbeißen ist wahrscheinlich nicht nur kurzfristig mit Schmerzen verbunden sondern auch langfristig aufgrund von Schmerzen durch Neurombildung." Schwanzbeißen beurteilt die EU als „Verhaltensstörung" und sieht in strohlosen Ställen das unbefriedigte Bedürfnis nach „explorativem Schnüffeln und Wühlen als eines der Hauptmotive" Deshalb schreibe die EU-Schweinerichtlinie „den ständigen Zugang der Tiere zu ausreichenden Mengen von Materialien wie Stroh" vor, die sie untersuchen und bewegen können.

Nachdem etliche andere Länder diese Richtlinie längst umgesetzt hätten, so die AbL, müsse die EU dies derzeit mit Androhung von Vertragsstrafen gegenüber anderen EU-Mitgliedern wie Deutschland durchsetzen. Der schon unter der CDU-FDP-Koalition erarbeitete und nun von der rotgrünen Landesregierung konsequent umgesetzte Niedersächsische Tierschutzplan sehe deshalb auch für 2016 das Ende des

Schwanzkupierens vor.

Umso schädlicher für die wirtschaftliche Zukunft und die gesellschaftliche Akzeptanz der Schweinehalter, so AbL-Sprecher Ilchmann, sei die perspektivlose Strategie der Agrarindustrie-Lobby und der Bauernverbandsspitze, diese Tatsachen zu leugnen und sogar die Verdrängung der bäuerlichen Schweinehaltung durch Agrarindustrielle und Konzerne immer wieder zu verteidigen und schönzureden. Das auch aktuell anlässlich der Einführung der Gruppenhaltung der Sauen vorgeschobene Argument, mehr Tierschutz führe zum Ausscheiden kleinerer und mittlerer Betriebe, lenke davon ab, dass der Hauptgrund hierfür die massiv geförderte Überproduktion und die dadurch seit vielen Jahren ruinösen Schweine- und Ferkelpreise seien.

Auch die jetzt umgesetzte Gruppenhaltung der Sauen, bei der diese zumindest in der Hälfte ihrer Lebenszeit ohne Fixierung in engen Kastenständen blieben, sei seit mindestens 10 Jahren angekündigt und voraussehbar gewesen. Dies gelte nun ebenso für das anstehende Kupierverbot und das Gebot einer artgerechteren Haltung der Mastschweine auf Stroh. Wenn Vertreter der Bauernverbandsspitze dies zu negieren und perspektivlos zu verhindern suchten, schadeten sie nicht nur der Akzeptanz der Bauern und ihrer wirtschaftlichen Zukunft, sondern reizten zu Fehlinvestionen in nicht zeitgerechte Ställe an.

Die AbL begrüßte es, dass demgegenüber der Schweinehalterverband ISN dazu aufrufe, ihm die bisherigen Erfahrungen mit einer Haltung der Tiere auf Stroh mitzuteilen. Das auch der ISN zugesandte AbL-Faktenpapier sei hierzu ein Beitrag, der die Befürworter einer artgerechten Tierhaltung auch in den Reihen der ISN ermutigen könne. Programme wie „Neuland" oder bewiesen seit Jahrzehnten, dass eine artgerechte Strohhaltung mit Auslauf praktikabel sei – der Ringelschwanz sei das sichtbare Zeichen dafür. Angesagt sei jetzt ein massiv gefördertes Umbauprogramm für Ställe, die Ausweitung der Restriktionen des Baugesetzbuchs auf sämtliche Neubauten mit mehr als 1.500 Mast- und 560 Sauen-Plätze und die positiv-kritische Nutzung und Gestaltung der Chancen einer Zusammenarbeit mit der gesellschaftlichen Bewegung „Bauernhöfe statt Agrarfabriken".

5.680 Zeichen 18.10.2013

In Norwegen bleiben Ringelschwänze dran

Einen hochinteressanten Exkursions-Bericht über die Schweinehaltung in Norwegen unter dem Titel „In Norwegen bleiben die Schwänze dran" hat Dr. Elisabeth große Beilage, Professorin an der Tierärztlichen Hochschule Hannover, kürzlich in der Zeitschrift top agrar veröffentlicht: Trotz wesentlich geringerer Schweinezahlen und einem früheren Schlachtgewicht sind demnach die Mastleistungen vergleichbar mit hierzulande. Die Zahl der abgesetzten Ferkel pro Wurf ist mit 11 Tieren auch in beiden Ländern gleich, allerdings werden in Norwegen aufgrund der mit 33,6 Tagen deutlich längeren Säugezeit deutlich weniger Ferkel pro Sau und Jahr abgesetzt – nämlich 24 statt 25,6 in Deutschland.
Der Selbstversorgungsgrad in Norwegen liegt bei 100%, Bestandesobergrenzen liegen bei 200 Sauen und bei 2100 gemästeten Schweinen pro Jahr, wegen höherer Marktpreise (derzeit 2,66 Euro/kg SG) und Subventionen können norwegische Landwirte auch mit diesen Herdengrößen ein ausreichendes Einkommen erwirtschaften.
Norwegische Sauen müssen sich auch im Abferkelstall mit Buchten von mindstens 6 qm frei bewegen können (in Einzelfällen ist eine Fixierung in den ersten 7 Tagen nach dem Ferkeln erlaubt), mit einem planbestigten Teil der Bucht und täglichem Einbringen von Wühlmaterial (z.B. Hobelspänen) und Nestbaumaterial (Heu) ab drei Tagen vor dem Abferkeltermin. Die ferkel bleiben während der vorgeschriebenen 4wöchigen Säugezeit und danach noch eine

weitere Woche gemeinsam in der Abferkelbucht, das allein verringert spätere Rangkämpfe und Beißereien.
Bei Mastschweinen gelten etwa die gleichen Platz-Vorgaben wie hierzulande, allerdings sind planbefestigte Liegeflächen vorgeschrieben – und jederzeit freier Zugang zu ausreichend Wühlmaterial (Stroh, Heu, Sägespäne, Torf, Erde), das allerdings micht mit Einstreumaterial gleichzusetzen ist. Die Ausbringung auf den befestigten Flächen bereite keine Probleme bei den gängigen Flüssigmistverfahren. Die höhere Lüftungsintensität macht die norwegischen Ställe deutlich kühler als deutsche – die Futterverwertung liegt dennoch bei guten 1:2,76. Wegen der geringeren Tierdichte ist der Seuchendruck gering, die Herden sind z.B. frei von PRRSV, PRCV, den Influenza-Subtypen H1N1 und H3N2 oder Mykoplasmen. –en

Antibiotika-Abhängigkeits-Abbau durch artgerechte Tierhaltung auf Bauernhöfen

Laut Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) ging der Antibiotika-Verbrauch in der deutschen Tierhaltung 2012 im im Vergleich zu 2011 nur um 87 Tonnen auf 1619 Tonnen zurück. Bei der Wirkstoffklasse der Fluorchinolone, deren Einsatz in Ställen kritisch gesehen wird, wurde aber eine Zunahme um zwei auf zehn Tonnen registriert. Diese Stoffe dienen in der Humanmedizin als Reserve-Antibiotika für schwere Fälle. Ein Großteil der Antibiotika geht weiterhin an Tierärzte in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen, allein in den Postleitzahlbereich 49 mit seinen vielen großen Tiermastanlagen gingen mehr als 500 Tonnen.

Laut der European Medicines Agency (EMA) lagen die Antibiotika-Verkäufe für Schlacht- und Milchtiere im Jahre 2011 (in mg je kg „behandelter Biomasse") in Deutschland mit 211 Milligramm deutlich höher als in den meisten anderen EU-Ländern, übertroffen nur von Zypern (408 mg), Italien (370 mg) und Spanien (249 mg). Auf den folgenden Plätzen mit immerhin deutlich niedrigerem Antibiotika-Verbrauch rangieren Intensivhaltungs-Länder wie Belgien (175 mg), Frankreich (117 mg) oder die Niederlande (114 mg). Die niedrigsten Antibiotika-Zahlen listet die EMA in Norwegen (3,7 mg), Schweden (13,6 mg) und Finnland (23,8 mg) – also genau in den Ländern, die die EU-Richtlinien einer artgerechten Tierhaltung bereits umsetzen.

Das Beispiel Dänemark mit immerhin 43 mg/kg wird im *Spiegel*-Artikel „Schweinerei im Saustall" als positives Vorbild herausgestellt und in Verbindung gebracht mit einer klaren Erfassung jedes einzelnen Antibiotika-Einsatzes je Betrieb und Tierart, der Veröffentlichung aller Betriebe mit hohem Einsatz und mit den damit verbundenen deutlichen Sanktionen. Auch die Verscheibungspflicht und das Dispensierverbot, also des Verkaufs von Medikamenten durch die Tierärzte selber, habe zu einer deutlichen Verringerung der Antibiotika-Verabreichung geführt. Zudem verzichteten die dänischen Veterinäre auf den Einsatz jener Antibiotika, die in der Humanmedizin wichtig seien.

Derlei Beschränkungen, so der Spiegel, gebe es in Deutschland nicht, auch die ab April 2014 geplante Novelle des Arneimittelgesetzes enthalte keine konkreten Senkungsziele oder Sanktionen. Thomas Blaha von der Tierärztlichen Hochschule Hannover kritisiert in diesem Zusammenhang die Antibiotika-„Hochverbraucher", man sei in Deutschland „zu lange den leichteren Weg gegangen". Ebenso bemängelt Theodor Mantel als Präsident der Bundestierärztekammer die Kompensation schlechter Haltungsbedingungen durch hohe Medikamentengaben. Auch dadurch, so der *Spiegel*, entstünden resistente Keime, gegen die fast kein Medikament mehr wirke und die zum Beispiel eine Lungenentzündung auch für Menschen lebensbedrohlich werden lasse. Epidemiologen sähen laut Spiegel bereits ein „postantibiotisches Zeitalter" ohne wirksame Medikamente heraufziehen.

Laut AbL-Landesverband Niedersachsen/Bremen steht das Problem der Herausbildung neuartiger antibiotika-resistenter Keime nicht mehr nur in Krankenhäusern, sondern verstärkt auch in Tierhaltungsanlagen, in einem deutlichen Zusammenhang mit unzureichenden Haltungsbedingungen und der Größe der Ställe. Eine Studie der Universität Utrecht habe auch in ein Kilometer Entfernung von Tierfabriken noch eine deutliche und überdurchschnittliche Häufung von Erkrankungen festgestellt. In Deutschland gebe es zum Schutz der Anwohner zwar Grenz-Oberwerte für Geruch und Ammoniak, aber immer noch keine Grenz-Oberwerte für die Belastung der Anwohner von großen Tierfabriken durch Keime – dies gehöre in den neuen Koalitionsvertrag.

"Eine wirkliche Lösung auch dieses im Kern agrarindustriellen Problems", so der niedersächsische AbL-Landesvorsitzende Ottmar Ilchmann, „liegt in einem raschen und EU-weiten Umbauprogramm auf eine artgerechte Tierhaltung in mittelständisch-bäuerlichen Größenordnungen mit mehr Platz, Stroh und einem zumindest beschränkten Auslauf der Tiere." Die EU drohe derzeit mit Vertragsstrafen, wenn Länder wie Deutschland nicht endlich die EU-Vorgaben eines Kupierverbots von Ringelschwänzen und Schnäbeln und eines Zugangs der Tiere zu Stroh einhalte. Der noch von der alten CDU-FDP-Landesregierung erarbeitete Niedersächsische Tierschutzplan mit einem Kupierverbot bis 2016 sei wesentlich auch eine Reaktion darauf und ein Anstoß für rasche ähnliche Schritte bundes- und europaweit. Die Beschränkungen des Bundesbaugesetzes für flächenknappe Megaställe müssten jetzt rasch auf sämtliche Tier-Agrarfabriken ausgeweitet werden. –en

Auszüge aus einem Fernsehbeitrag des Bayerischen Rundfunks vom 27.1. 2012 zur „Charta Landwirtschaft" von Bundesagrarministerin Aigner

Kaum sind sie auf der Welt, wird Mastschweinen standardmäßig der Ringelschwanz kupiert. Man will das gegenseitige Schwanzbeißen verhindern, eine Verhaltensstörung, die vor allem in der konventionellen Mast auftritt und als Zeichen für mangelndes Wohlbefinden gilt. Die Schweine beißen den Schwanz eines Artgenossen an und knabbern sich nicht selten hoch bis zur Wirbelsäule.

Die Schwänze kupieren darf der Landwirt nur mit einer Ausnahmegenehmigung eines Tierarztes. Die sollte eigentlich nur im Einzelfall erteilt werden. Tatsächlich ist der Eingriff gängige Routine. Denn Stroh zum Knabbern und Wühlen, das als wirkungsvollste Methode gilt, das Schwanzbeißen einzudämmen, gibt es in der konventionellen Mast schon lange nicht mehr.

Anders in der ökologischen Schweinehaltung: Hier ist Stroh vorgeschrieben. Und es ist verboten, den Schweinen die Ringelschwänze abzuschneiden. Schwanzbeißen tritt hier nur selten auf. (Anmerkung E. N.: Dies gilt auch für konventionelle Programme wie „Neuland")

Tiere zu manipulieren, damit sie in die modernen Haltungssysteme passen, verstößt auch gegen das deutsche Tierschutzgesetz: *"Niemand darf einem Tier ohne vernünftigen Grund Schmerzen und Leiden oder Schaden zufügen." (...) In Schweden, Finnland und in der Schweiz ist das Kupieren von Schweineschwänzen schon seit Jahren verboten."*

Der Münchener Verhaltensforscher Prof. Dr. Dr. Hans Hinrich Sambraus:

"Das Kupieren der Schwänze ist eingeführt worden, weil es die Verhaltensstörung Schwanzbeißen, Kannibalismus gibt. Und dieser Kannibalismus ist auch ein Anzeichen für etwas. Nicht nur das Tier, das bebissen wird, sondern gerade das Tier, das den Zwang hat zu beißen in diesen kümmerlichen Haltungsbedingungen, das leidet ja auch. Im Grunde ist das Schwanzbeißen ein Indikator für mangelndes Wohlbefinden: Man geht vor in der klaren Logik, wo kein Schwanz ist, da kann auch kein Schwanz abgebissen werden. Aber wir nehmen uns die Möglichkeit zu erkennen, wann es dem Schwein nicht gut geht."

"Stangenbeißen, Leerkauen sind auch Formen der Erregung. Es kommt hinzu, dass die Sauen nur zwei Mal am Tag einige Kilo Futter bekommen, die sie in sieben Minuten aufgefressen haben, dann müssen sie wieder zwölf Stunden warten, in denen sie nichts machen können - die Langeweile ist ein großes Problem."

Richtlinie 2008/120/EG des Rates Anhang I, Kapitel I über Mindestanforderungen für den Schutz von Schweinen

Abschnitt 4: „...müssen Schweine ständigen Zugang zu ausreichenden Mengen an Materialien haben, die sie untersuchen und bewegen können, wie z.B. Stroh, Heu, Holz, Sägemehl, Pilzkompost, Torf oder eine Mischung dieser Materialien, durch die die Gesundheit der Tiere nicht gefährdet werden kann."

Abschnitt 8: „Alle Eingriffe, die nicht therapeutischen oder diagnostischen Zielen oder der Identifizierung ... dienen ... sind verboten. Ausnahmen ... ein Kupieren eines Teils des Schwanzes..."

"Ein Kupieren der Schwänze ... darf nicht routinemäßig ... durchgeführt werden. Bevor solche Eingriffe vorgenommen werden, sind Maßnahmen zu treffen, um Schwanzbeißen und andere Verhaltensstörungen zu vermeiden..."

Wissenschaftliches Gutachten der EFSA (Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit) „Risiken in Verbindung mit Schwanzbeißen bei Schweinen und mögliche Wege zur Reduzierung der Notwendigkeit des Schwanzkupierens unter Berücksichtigung verschiedener Aufstallungs- und Haltungssysteme", durchgeführt vom Gremium für Tiergesundheit und Tierschutz (AHAW), Annahme des Gutachtes am 6.12.2007, Auszüge:

- Vieles weist darauf hin, dass schwanzbeißende Schweine wahrscheinlich frustriert und aher ein Hinweis auf beeinträchtigstes Wohlergehen sind. Schwanzbeißen kann das Wohlergehen der Tiere sehr stark beeinträchtigen, und Schwanzkupieren ist wahrscheinlich nicht nur kurzfristig mit Schmerzen verbunden sondern auch langfristig aufgrund von Schmerzen durch Neurombildung..."

- „Schwanzbeißen wird als Verhaltensstörung angesehen. Das Bedürfnis von Schweinen nach explorativem Schnüffeln und Wühlen gilt als eines der

Hauptmotive..."

Rechtliche Situation in Deutschland

Tierschutzgesetz § 5 Abs. 3 Nr. 3: Schwänze von unter 4 Tage alten Ferkeln dürfen ohne Betäubung gekürzt werden.
- Tierschutzgesetz § 6 Abs. 1 Nr. 3 (in bezug auf obigen §): Der Eingriff muss im Einzelfall für die vorgesehene Nutzung des Tieres zu dessen Schutz oder zum Schutz anderer Tiere unerlässlich sein. – Als Einzelfall können auch Tiergruppen sowie der Gesamtbestand angesehen werden...

Thüringer Schweinetag am 1.12.2011
Vortrag Dr. Thomas Bauer, Freistaat Thüringen, Referat 520: "Erfahrungen zum Schwanzbeißen beim Schwein"

Kupieren des Schwanzes - Rechtslage:

- nach dem TierSchG nur im **Einzelfall** bei Unerlässlichkeit erlaubt (seit 1992?)
- nach RL 2008/120/EG (seit 1991!!)
  - nicht routinemäßig
  - erst bei <u>bestehenden</u> Verletzungen
  - Vorher: v.a. Unterbringung und Bestandsdichte ändern
  - → nur als letzte Maßnahme zulässig
- CC-relevant für den Landwirt seit 2007
- Vertragsverletzungsverfahren gegen die BRD

Kupieren des Schwanzes – die Lösung?

- senkt das Risiko <u>nur</u> um 40 – 65%
- führt u kurzfristigen Schmerzen
- führt vermutlich zu langfristigen Scherzen durch Neurombildung
- Ist eine Anpassung des Tieres an nicht artgerechte Haltungsbedingungen!

Bisherige Beobachtungen und Erfahrungen der Betriebe

(...)
- **Gegenmaßnahmen:**
  - <u>Erfolgreiche</u>: Besatzdichte verringern, Separieren der gebissenen Tiere, Selektion, Umstellung aus Stroh
  - <u>mit Teilerfolgen</u>: neue Zusammenstellung der Gruppen, ständig (neues) und/oder wechselndes Beschäftigungsmaterial (Heu, Stroh, Pappkartons, Plastikbehälter)
  - <u>ohne Erfolg</u>: Behandlung mit Blauspray oder ähnlichem, Antibiotikabehandlung, Entfernen des beißenden Tieres, Heuraufe

Bisherige Schlussfolgerungen:

(...)

- multifaktorielle Kriterien lt. Literatur bestätigt
- Witterung/Stallklima oft Auslöser
- weniger Probleme bei Strohaufstallung und in großen Gruppen (> 30 Tiere/Bucht) mit besseren Rückzugsmöglichkeiten
- Das Halten unkupierter Tiere unter den untersuchten Bedingungen führt häufig zu einer Minderung der Mastleistung, höheren Tierverlusten, höheren Behandlungsraten und zu mehr Kümmerern

Vorläufiges Fazit:

Ein einfacher Verzicht auf das Schwanzkupieren bei gleichzeitiger Beibehaltung der derzeit in der Praxis anzutreffenden intensiven Produktionsbedingungen scheint in vielen Fällen nicht möglich zu sein. Dies kann zu tierschutzrelevanten Zuständen und hohen ökonomischen Ausfällen führen

Prof. Eberhard von Borell, Institut für Agrar- und Ernährungswissenschaften der Martin-Luther-Universität Halle-Leipzig, Beschäftigungsmöglichkeiten für Schweine (Lösungsansätze und Bewertungen), Vortrag beim BfR-Statusseminar am 7.7.2011 in Berlin

In der Präsentation des Vortrags wird u.a. eine Untersuchung zitiert, durch die der Einfluss von verschiedenen „Spielzeugen" für die Schweine (Metallkette, Gummischlauch, Strohraufe, zweimal täglich Stroh) auf Biss-Zeichen und auf Schwanzverwundungen gemessen wurde:

Einfluss präventiver Maßnahmen auf die Häufigkeit des Auftretens (% Buchten n= 96) von Verletzungen (Zonderland et.al. 2008):

Bite marks
- Metal chain: ca. 87%
- Rubber hose: ca. 77%
- Straw rack: ca. 75%
- Daily twice straw: ca. 17%

Tail wound
- Metal chain: ca. 58%
- Rubber hose: ca. 53%
- Straw rack: ca. 28%
- Daily twice straw: ca. 7%

Professor von Borells Fazit nach einem Vergleich verschiedener Maßnahmen gegen das Schwanzbeißen:
Einstreu (Stroh): Wühlverhalten, nutritive Funktion, Attraktivität (durch Wechsel = Neuigkeitswert -> Erkundung)

Ketten, Reifen, Kanister, Bälle, Beißsterne etc. erfüllen nicht die Anforderungen nach TierSchNutztV

Literaturrecherche des LSZ- Bildungs- und Wissenszentrums Boxberg zur Problematik Schwanzbeißen / Schwänze kupieren bei Schweinen

Beschäftigung:

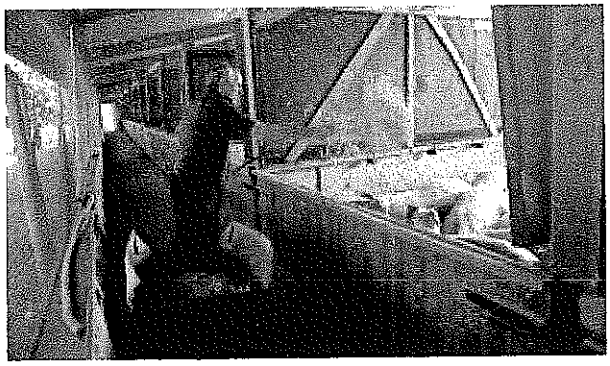
Die meisten Autoren setzen als Präventionsmaßnahme auf ein- oder mehrmalige Strohgaben (Fraser, 1987; Sambraus, 1992; Huey, 1996; Guise und Penny, 1998; Hunter et.al., 2001; Moinard et al., 2003; Zonderland et.al., 2008; Tölle, 2009)

Die Gabe von Beschäftigungsmaterial, Stroh aber auch Pilzkompost, als Prävention effektiver als die Erhöhung des Platzangebotes (Beattie et.al.; 1996)

Eine Beschäftigung der Schweine kann Stressituationen mindern und Unruhe vermeiden. In einstreulosen Systemen können dazu auch Beschäftigungsgeräte, wie z.B. Kettenkreuz, Hebebalken und Pendelbalken angeboten werden. Der Beschäftigungsanteil durch die Geräte ist im Vergleich zu Stroh geringer, dennoch kann auch durch das Anbieten von Beschäftigungsgeräten Schwanzbeißen vermindert werden (Elkmann, 2007)

TOP AGRAR ONLINE

Dänische Wissenschaftler untersuchen Strohgabe im Maststall
17.10.2013, von Regina Kremling



Wie beeinflusst Stroh das Verhalten von Mastschweinen?

Wissenschaftler des dänischen Zentrums für Nahrungsmittel und Landwirtschaft (DCA) der dänischen Universität Aarhus haben den **Einfluss von Stroh** auf das Verhalten und die Gesundheit von Mastschweinen untersucht. In systematischen

Versuchsanordnungen haben die Wissenschaftler unterschiedliche große Mengen an Stroh an ausgewachsene Tiergruppen verabreicht und dabei das Verhalten und den Gesundheitsstatus der Schweine untersucht.

Die **Ergebnisse**: Der Anteil von verletzten Schweinen sank bereits bei einer Gabe von 10 g Stroh auf 5,9 % und bei 500 g Stroh auf nur noch 2,8 %. Nach Einschätzung der Studienleiterin Lene Juul Pedersen ist nach Auswertung der Versuchsergebnisse mit hinreichender Sicherheit nachgewiesen, dass die Zugabe von Stroh erheblich zur Gesundheit von Mastschweinen beitragen kann. Die Praxis stehe nun vor der Herausforderung, Ställe und vor allem Güllesysteme zu entwickeln, die mit den größeren Strohmengen umgehen könnten. (AgE)

Fazit einer Broschüre der Vereinigung britischer Schweinehalter (BPEX)

(zitiert nach dlz primus schwein, August 2013, S. 27):

Wühl- und Spieltrieb: Wühlverhalten ist den Schweinen seit Jahrtausenden angeboren. In freier Wildbahn suchen die Tiere mit dem Rüssel in der Erde nach Nahrung und nach der richtigen Ausgewogenheit von Nährstoffen, um sich gesund zu erhalten. Auch bei domestizierten Schweinen ist dieser „Wühltrieb" weiterhin vorhanden, auch wenn die Rationen optimal ausbalanciert sind. Eine beschäftigungsreiche Umgebung gewährleistet die befriedigung dieses Instinktes. (...)

Schweine beschäftigt halten: Die idealen Beschäftigungsmaterialien sollten veränderbar oder gar „zerstörbar" sein. Die Tiere brauchenein Erfolgserlebnis, indem sie merken, dass das Kauen und Beißen das Spielzeug verändert. Das gewählte Material sollte essbar sein. Ein Teil des angeborenen Wühlverhaltens dient der Füllung des Darms. Je höher dieser Füllungsgrad ist, desto weniger Beißtrieb haben die Tiere. Das Beschäftigungsmaterial sollte einen gewissen Nährwert besitzen und beispielsweise reich an Vitaminen und Rohfaser sein. Das Spielzeug muss zudem sauber und frei von Kot sein, weil die Schweine sonst das Interesse verlieren.

Kannibalismus in der Schweinehaltung – Haltungsprobleme oder Folge von Erkrankungen?

by Dr. Rolf Jebens on 12.11.2011

Zusammenfassung eines Vortrages von Prof. Sandra Edwards von der Universität Newcastle im Rahmen des ESPHM-Kongresses im Mai diesen Jahres in Finnland.
Prof. Edwards beschäftigt sich seit Jahren mit dem Problem und gibt in Ihrer Präsentation eine Übersicht über den aktuellen Stand der Wissenschaft zu diesem Problem.

Schwanzbeißen ist eines der hartnäckigsten Probleme in der kommerziellen Schweineproduktion, allerdings gibt es eigentlich keine gesicherten Daten zum Ausmaß, bzw. den wirklichen Kosten für den Sektor.

In Ländern in denen routinemäßig Daten zu angebissenen Schwänzen am Schlachthof erhoben werden, werden Prävalenzen von 0,5–3,4% gemeldet. Andererseits wurde kürzlich in einer irischen Studie eine Prävalenz von 6,3% festgestellt.

Diese Daten zeigen allerdings eigentlich nur die Spitze des Eisbergs, da ein Teil der so verwundeten Tiere gar nicht erst zur Schlachtung kommen. In einer Studie mit 65 britischen Farmen wurden in den Betrieben 3,5% Tiere mit angebissenen Schwänzen gefunden, wobei auf drei Tiere mit milden Läsionen ein Tier mit schwerer Klinik kamen.

Belgische Studien in Betrieben sprechen von 2–4% Schwanzbeißern, obwohl die Schwänze der Tiere kupiert waren. Das Problem in diesem Bereich der liegt an der nicht standardisierten Zählweise und damit in der Vergleichbarkeit der Studien. Mullan konnte sogar nachweisen, dass ein hoher Verschmutzungsgrad der Schweine zu einer geringeren Zahl an gezählten Fällen in den Studien führt.

Welche Tiere sind betroffen?

In den EFSA Auswertungen von 2007 wird beschrieben, dass männliche Tiere häufiger Opfer sind und das es auch einen Rasseeffekt geben soll. So sollen z.B. Hampshire Schweine am wenigsten betroffen sein.

In einer Studie von Zonderland konnte gezeigt werden, dass einige Ferkel schon 6 Tage vor dem Ausbruch von Schwanzbeißen vermehrt Bisse erhalten hatten im Gegensatz zu ihren Buchtgenossen. Hatte der Ausbruch allerdings begonnen, so zeigten sich keine Unterschiede mehr zu den Buchtgenossen. Das bedeutet, dass jedes Ferkel Opfer sein kann. Auch hier waren bei den frühen Opfern mehr männliche Tiere.

Mögliche Erklärungen könnten die größere Dominanz der Tiere sein, so das sie von hinten immer wieder im Rahmen von Rangordnungs-
kämpfen gebissen werden. Eine viel wichtigere, aber noch wenig untersuchte Frage, ist die Frage: Wer sind die Täter? Diese Studien sind extrem zeitaufwendig. In einigen älteren Studien werden auch für die Täter Rassedispositionen beschrieben.

So sollen Landrasse Schweine aggressiver sein als Large White Tiere und Hampshire die geringste Tendenz zum Schwanzbeißen zeigen. Deutlich war allerdings auch der Zusammenhang mit geringer Rückenspeckdicke und hohem Muskelfleischanteil im Bezug auf Schwanzbeißen. Diese Daten weisen auf einen möglichen metabolischen Zusammenhang hin.

In verschiedenen Studien wurden leichtere Tiere und auch zum Absetzen leichtere Ferkel als Tiere mit höherer Tendenz zum Schwanzbeißen ausgemacht. Auch diese Beobachtungen sprechen für einen metabolischen Zusammenhang.

Frühere Studies sehen beim Schwanzbeißen immer einen Zusammenhang mit Blut. In Versuchen mit Blut getränkten künstlichen Schwänzen konnte diese Vermutung bestätigt werden. Wurden die Probanten zusätzlich einem Mangel an Mineralstoffen oder Protein unterzogen verstärkte sich der Effekt.

Edwards vermutet, dass es im Vorfeld des Schwanzbeißens zu metabolisch bedingten neuroendokrinen Änderungen im Serotonin-Stoffwechsel kommt, die das Erkundungsverhalten (Nahrung) der Tiere beeinflussen.

Es konnte nachgewiesen werden, dass eine Diät mit geringer Tryptophan-Verfügbarkeit zur Serotonin-Synthese ein erhöhtes Erkundungsverhalten provoziert und, dass diese Tiere auch auf das Blutschwanzmodell deutlicher reagieren als die Kontrollgruppe. Auch wurde der umgekehrte Fall untersucht, bei dem über hohe Verfügbarkeit von Tryptophan in der Ration die Häufigkeit des Schwanzbeißens reduziert werden konnte.

Allerdings gibt es auch Studien, die solch klare Zusammenhänge nicht erkennen lassen. Dieses führt zu der Schlussfolgerung, dass es verschiedenste Auslöser und Motivationen der Tiere im Zusammenhang mit Schwanzbeißen gibt.

Ursachen des Schwanzbeißens

Taylor hat 2010 basierend auf den Beobachtungen der Situation in der das Verhalten auftritt und der Art und Weise wie das Beißen erfolgte drei deutlich unterschiedliche Arten des Schwanzbeißens unterschieden.

Das erste, am häufigsten vorkommende ist das "zweistufige" Beißen. Hierbei wird der erste Schritt als das erkundende Kauen auf heilen Schwänzen angesehen wird, wonach es dann bei Verletzung des Schwanzes zu intensiveren Beißvorgängen kommt und Blut fließt, so dass es dann zur Eskalation in der Gruppe führt. Diese Art des Schwanzbeißens wird auf Frustration beim Erkundungsverhalten der Tiere in reizarmer Umgebung zurückgeführt.

Im Gegensatz dazu gibt es das "plötzliche und gewaltsame" Beißen, bei dem es bereits bei der ersten Attacke zu Verletzungen am Schwanz kommt. Dieses Verhalten wird eher bei Kämpfen um die besten Plätze am Trog oder bevorzugte Liegeplätze beobachtet. Man vermutet, dass das Tier das aggressive Verhalten zur Erlangung der gewünschten Ressource nutzt.

Der dritte Typus des Schwanzbeißens wird als das "zwanghafte" Schwanzbeißen beschrieben. Hier sind mehr oder minder Einzeltiere einer Gruppe betroffen, die sich stetig neue Schwänze von Buchtengenossen aussuchen und diese über einen längeren Zeitraum wie zwanghaft immer wieder malträtieren. Der Zusammenhang zwischen diesem und zwei anderen Typen ist bislang unklar, allerdings wird hierbei das Verhalten weniger als funktional sondern als pathologisch betrachtet.

Kennt man diese verschiedenen Verhaltensweisen und deren Ursprung, so lassen sich Ausbrüche von Schwanzbeißen in Betrieben häufig erklären.

Risikofaktoren

Bei allen Betrachtungen und Studien ist bislang herausgekommen, dass es sich bei dem Problem des Schwanzbeißens um ein höchst Komplexes Problem handelt und es eine Vielzahl von Risikofaktoren gibt.

Neben den Risikofaktoren die direkt das Tier betreffen, wie oben diskutiert, wurden zahlreiche Faktoren in der Umgebung der Tiere als Risikofaktoren identifiziert.

Die meisten dieser Faktoren beziehen sich auf eine "Reizarme" Umgebung. Es konnte nachgewiesen werden, das Stroh (ungehäckselt) große Effekte bei der Reduzierung

des Schwanzbeißens hat. Untersucht wurde das Auftreten von Schwanzbeißen bei nicht kupierten Ferkeln in Buchten mit Kette, Gummischlauch, Strohraufe und 2 x täglicher Gabe von Stroh (2x10g/Tier und Tag).

In der Gruppe mit der manuellen Strohgabe zeigten sich in 8% der Buchten Läsionen an den Schwänzen während die Inzidenz in den anderen Gruppen deutlich (Kette 58%, Schlauch 54%, Raufe 29%) höher lag.

Der Zweite Hauptkomplex der Risikofaktoren liegt in der Ernährung. Mangel an Proteinen, bestimmten Aminosäuren, Mineralien oder auch in der Energiedichte konnten bei Ausbrüchen nachgewiesen werden. Solche Unterversorgungen führen in der Regel zu einem ausgeprägteren Erkundungsverhalten und damit letztendlich zum "zweistufigen" Schwanzbeißen.

Der dritte Hauptfaktor liegt bei den Ressourcen. Zu wenig Platz (Überbelegung) , zu wenig Fressplätze oder Tränkenippel können "plötzliches und gewaltsames" Beißen verursachen, obwohl die Umgebung für die Schweine z.B. durch Stroh eigentlich genügend Reize bietet.

Als vierter Hauptfaktor wird das Stallklima angesehen. Hierzu zählen sowohl die Temperatur und deren Schwankungen, als auch die Luftgeschwindigkeit im Liegebereich und die Luftqualität. Courboulay konnte z.B. bei heißem Wetter über ein Kühlsystem (Vernebeln von Wasser) das Schwanzbeißen im Vergleich zu den Kontrollgruppen deutlich reduzieren.

Andere Versuche zeigen eine Reduktion durch die Verringerung der Luftgeschwindigkeit im Liegebereich (Vermeiden von Zugluft). Wahrscheinlich führen die begrenzten bevorzugten Bereiche in einer Bucht bei Stallklimaproblemen "plötzlichem und gewaltsamem" Beißen um an die gewünschte Ressource zu kommen.

Als letzter Hauptfaktor wird die Tiergesundheit genannt. Verschiedenste Berichte beschreiben den Zusammenhang und es konnten auch immer wieder Zusammenhänge mit der Verbesserung des Gesundheitsstatus der Herde z.B. durch Impf- oder Behandlungsmaßnahmen und der Reduktion des Schwanzbeißens gezeigt werden.

Vorbeuge

Die Arbeitsgruppe um Taylor hat dieses Jahr ein sog. Husbandary Advisory Tool (HAT) entwickelt das aus Fragen zu 83 Risikofaktoren besteht.

Das Tool ist unter www.vetschool.bris.ac.uk/webhat herunterzuladen.

Mit diesem Tool wurden 65 Betriebe untersucht und in Risikokategorien eingeteilt. Es zeigte sich jedoch, das in vielen Betrieben nicht daran gearbeitet wurde die Risikofaktoren zu minimieren.

Als Gründe hierfür werden letztendlich ein mangelndes Problembewusstsein, und Mangel an Zeit und Kapital vermutet.

Den Ausbruch managen

In ihrem Vortrag ging Fr. Prof. Edwards nicht auf die klassischen Versuche wie z.B. Kannibalismus-Spray, Magnesium oder Zulage von Viehsalz ein sondern zeigte

Studien, in denen nachgewiesen werden konnte, dass, wenn bereits im ganz frühen Stadium reagiert wird, ein explosionsartiges Ausbreiten der Problematik verhindert werden kann.

So z.B. wurden bei einem Ausbruch von Schwanzbeißen zwei Strategien verglichen. Bei der einen wurde der initiale Beißer entfernt, bei der anderen wurde wie oben beschrieben Stroh zur Verfügung gestellt. Der Erfolg war der gleiche.

Insgesamt gibt es aber in diesem Bereich Forschungsaktivitäten und ist ein Ausbruch erst einmal da, so ist er auch sehr schwer zu beherrschen. Die Zukunft des Schwanzkupierens Bereits 1991 wurde die EU Direktive 91/630 verabschiedet, die vorsieht, daß Schwänze nicht routinemäßig und nur zur Vermeidung des Schwanzbeißens, wenn andere Maßnahmen nicht wirksam sind, kupiert werden dürfen.

Seit dem hat sich eigentlich kaum etwas bewegt. Die Skandinavischen Länder haben ein einseitiges Kupierverbot erlassen und das wars. Mittlerweile steigt der Druck der Tierschutzlobby und der Verbraucherorganisationen und das Thema wird von neuem diskutiert.

Es muss aber auch gesagt werden, dass in den Ländern in denen ein Kupierverbot ausgesprochen wurde die Prävalenz von zerbissenen Schwänzen bei der Schlachtbefundung 3–4 mal so hoch liegt wie in de Ländern in den die Schwänze kupiert werden (EFSA, 2007).

Es gibt bis jetzt nur wenige Studien, die Tiere mit kupierten Schwänzen mit nicht Kupierten unter den Selben Bedingungen verglichen haben.

Als Fazit aus drei Studien kann eine Reduktion des Schwanzbeißens um 40% durch das Kupieren der Schwänze erreicht werden.

Die neueste Studie zu diesem Thema kommt aus Dänemark und vergleicht das Risiko bei verschieden langen Schwänzen. Es wurden Schwanzlängen von 2,9 cm, 5,7 cm, 7,5 cm und ungekürzte Schwänze verglichen. Im Vergleich zu dem kurz kupiertem Schwanz stieg das Risiko für Schwanzbeißen mit zunehmender Länge auf das 4,6–fache.

Obwohl es schon heute in der EU Betriebe gibt die Tiere mit nicht kupierten Schwänzen mit gutem Erfolg mästen, so zeigen doch die vorliegenden Daten, dass es die Mehrzahl der Betriebe vor große Schwierigkeiten stellen würde direkt und ohne Anpassung von Ställen, Haltungsbedingungen und Management aus dem Kupieren der Schwänze auszusteigen.

Dennoch wird sowohl der staatliche, als auch der ethische Antrieb es erfordern sich dem Problem bzw. einer Umstellung auseinanderzusetzen.

Schlussfolgerung

Schwanzbeißen ist in der kommerziellen Schweineproduktion ein hartnäckiges Problem. Obwohl das Wissen und die Forschung in diesem Bereich Fortschritte machen, so bleibt es doch ein multifaktorielles Problem, das im Einzelbetrieb häufig nur schwer zu beherrschen ist.

Eine Umstellung auf Haltungssysteme bei denen das Kupieren von Schwänzen als vorbeugende Maßnahme entfallen kann muss das Ziel aller Beteiligten sein.

Das bedeutet aber für die Mehrzahl der Betriebe große Herausforderungen (auch finanzieller Art), die in einem kurzen Zeitrahmen nicht umzusetzen sind.

Genetische Selektionsstrategien, gute Tiergesundheit und eine "reizreiche" Umgebung sind Schlüsselfaktoren um diesem Ziel näher zu kommen.

Aus dem Englischen: **Dr. Hendrik Nienhoff**

Weiterführende Literatur

- Hintergrundinformation zu den Merkblättern zum „Schwänzekupieren von Ferkeln" sowie „Eckdaten zur Haltung von Sauen"
- Schwänzekupieren von Ferkeln
- Eckdaten zur Haltung von Sauen

Tierärztliche Gemeinschaftspraxis Am Voßberg

Michael Weihe, Dr. Rolf Jebens, Andreas Isaak, Reinhard Burfeindt & Alexander Koch

Voßbergweg 3 · 27432 Bremervörde
Telefon: 04761-2232 · Telefax: 04761-6204
E-Mail:kontakt@tierarzt-bremervoerde.de

Vortrag Jan Hempler, Landwirtschaftskammer Niedersachsen, vom 9.12.2009 zum „Stallbau für den Ökologischen Landbau" (Auszüge):

Verhalten:

- Schweine sind neugierig und aktiv
- Schweinebrauchen Platz und Zeit zur Futteraufnahme
- Schweine suhlen und scheuern sich
- Schweine trennen Liege- und Kotbereich
- Schweine ruhen gemeinsam
- Schweine leben in stabilen und überschaubaren Gruppen
- Sauen bauen ein Abferkelnest

Zeitbudget von Hausschweinen im Freiland während ihrer Aktivitätszeit:

Nahrungssuche 76%
Ruheverhalten 6%
Sozialverhalten 11%
Rest 7%

Auslaufsysteme bieten:

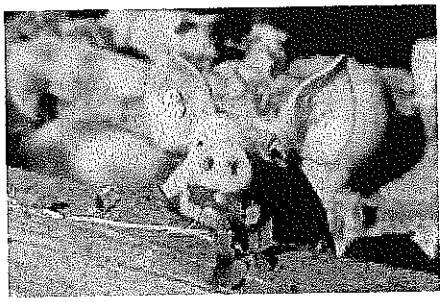
- **gute Tiergesundheit**
- **gute Leistungen**
- **arbeitsextensive Strohhaltung**
- **angenehmer Arbeitsplatz**

Auslaufsystem ermöglichen:

- **Bewegungsabläufe**
- **Wühlmöglichkeiten**
- **Sozialverhalten**
- **Temperaturzonen**
- **Klimareize**
- **Umweltreize**
- **Raumaufteilung (Ruhebereich, Fressbereich, Aktivitätsberecih, Tränkebereich, Kotbereich, Auslauf)**

NEULAND-Programm

Richtlinien Schweinehaltung



Nachfolgend werden nur die wichtigsten Punkte der artgerechten Schweinehaltung bei NEULAND stichwortartig aufgezählt:

- **Bestandsobergrenzen 150 Sauen und 950 Mastplätze.**
- **Flächenbindung 1,5 GVE je ha.**
- **<u>Ständiger Zugang zu einem befestigten Auslauf am Stall.</u>**
- **Gruppenhaltung, eine Einzelhaltung ohne Sicht- und Geruchskontakt zu anderen Tieren ist nicht erlaubt.**
- **Spaltenböden sind verboten.**
- **Kastenstand und Anbindehaltung in der Sauenhaltung sind verboten.**
- **<u>Bodendeckende und trockene Einstreu.</u>**
- **Mindestens einmal pro Woche Reinigung von Auslauf und Stall.**

- **Ausreichend Tageslicht durch ein Fenster-Boden-Verhältnis von 1:20.**
- **Ausschließlich heimische Futtermittel sind erlaubt, der Einsatz von Importfuttermitteln ist verboten.**
- **Antibiotika, Tiermehl, Knochenmehl und Leistungsförderer sind nicht erlaubt.**
- **Gentechnisch veränderte Futtermittel und Zusatzstoffe sind nicht erlaubt.**
- **Hormonen, Beruhigungsmittel und präventive Bestandsbehandlungen sind verboten.**
- **Nasenringe, Rüsselklammern, das Kupieren der Schwänze und das Abkneifen der Zähne ist verboten.**
- **Männliche Ferkel werden nur mit Betäubung und nur unter Schmerzausschaltung kastriert.**
- **Tierzukauf nur aus NEULAND-Betrieben oder übergangsweise aus anerkannten Zulieferbetrieben.**
- **Tiertransportdauer maximal vier Stunden.**
- **Kontrolle mindestens einmal pro Jahr durch ein externes Kontrollunternehmen.**

Niedersächsischer Tierschutzplan

Ferkel:

Kupieren der Schwänze:

Konzept: 2011
Erprobung: ab 2012
Umsetzung: ab 2016

Landwirtschaftskammer Niederösterreich - Internetseite

Was soll das Stroh in einem Maststall?

Für viele Schweinehalter hat „Stroh im Stall" den Makel von Rückschritt, Mehrarbeit und Nichtmodernsein. Die tägliche Strohgabe an Mastschweine hat sich freilich als erstklassiges Beschäftigungsmaterial bewährt. – Eine Aufwand-Nutzen-Betrachtung.

Soviel Stroh reicht für eine Bucht von 28 Tieren.

Seit 2003 ist in der EU das Kupieren der Schweineschwänze verboten, dennoch wird dies bei 98% der Schweine als "Kupierausnahme" praktiziert. Da Haltungsstress bei Schweinen meistens zum Schwanzbeißen führt, können Schweine mit unversehrten Schwänzen nur bei stressarmer Haltung erfolgreich gehalten werden. Mit allerlei Art von Beschäftigungsobjekten aus Kunststoffen lässt sich das Problem nicht lösen. Großen Anteil bei der Problemlösung hat für die Tiere täglich frisches Stroh zum Beschäftigen, wie Wühlen, Knabbern, Kauen und Schlucken.

Die Signale stehen auf Stroh

Für viele Schweinehalter hat "Stroh im Stall" den Makel von Rückschritt, Mehrarbeit und Nichtmodernsein. Neuzeitliche Planungen sind aber kein Zurück zu den engen Boxen alter Ställe mit bekanntlich schlechtem Stallklima.

Damit die Schweine die Strohbuchten nicht verschmutzen und so aufwendige Entmistungsarbeiten verursachen, haben die Tiere in modernen Ställen Zugang zu einer planbefestigten Auslauffläche. Die Buchtengitter im Auslauf können zum Frontladerentmisten bequem beiseitegeklappt werden, die Schweine sehen ihre Nachbarrotte und koten und urinieren nach uraltem Instinkt im Auslauf ab.

Mit solchen Ställen hat man nur einen unwesentlich höheren Arbeitsaufwand, aber eine Reihe von Vorteilen: Die Baukosten sind geringer, die wasserwirtschaftlichen Auflagen können leicht erfüllt werden und das Stallklima ist mit geringeren Schadgasgehalten belastet, was der Gesundheit der Tiere, aber auch dem Betreuungspersonal zugute kommt. Zu guter Letzt sind solche Auslaufställe vorzeigbar, die Haltung wird von breiten Bevölkerungskreisen akzeptiert und sie ist einem intelligenten, verspielten, geruchsempfindlichen, bewegungsaktiven und wühlenden Tier wie dem Schwein angemessen.

Schweinegerecht: Stroh für die Schweinerüssel am Boden.

Ringelschwänze unkupiert – nur mit Stroh

Die EU fordert alle EU-Länder derzeit mit Androhung von Vertragsstrafen zur Umsetzung der Richtline 2001/88/EG auf. Deshalb wird es Zeit, sich auf diese Vorgaben durch geeignete

Ställe einzustellen, statt sich der trügerischen Hoffnung auf eine angebliche Lösung durch das Einbringen von immer wieder neuen Kunststoffmaterialien in die Buchten hinzugeben.

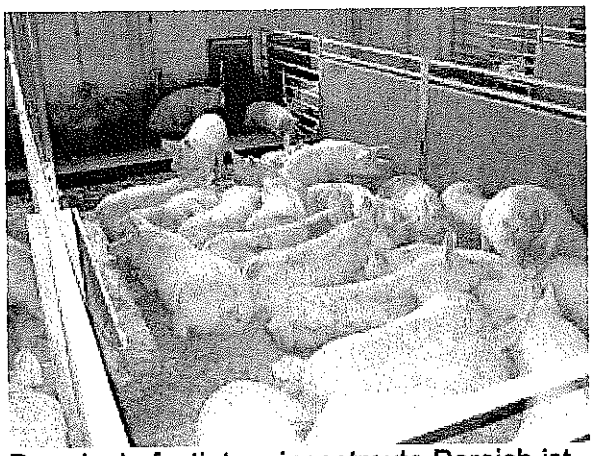
Erfahrungen aus der Schweiz, Schweden, Finnland und Großbritannien zeigen seit vielen Jahren, dass man ohne gravierende Nachteile auf das Kupieren der Schwänze verzichten kann. Seit mehreren Jahrzehnten sind unversehrte Schwänze auch bei Neulandschweinen und in der ökologischen Schweinehaltung der Standard. Dabei ist eines unverzichtbar: täglich eine Handvoll Stroh!

Die Rückkehr zum Stroh kann sich mancher agrarindustriell ausgebildete Jungunternehmer nicht so recht vorstellen. Dabei schafft die Vorgabe zur Beschäftigung mit Stroh gerade mittelbäuerlichen Betrieben einen deutlichen Wettbewerbsvorteil. Solche vorzeigbaren Betriebe gibt es schon länger in Deutschland.

Einstreu erleichtert die Tierkontrolle

Immer noch wird an diversen Einrichtungsgegenständen wie Strohraufen, Wühltürmen, Beschäftigungsautomaten experimentiert, die jedoch insgesamt wenig überzeugend sind.

- Die Behältnisse müssen regelmäßig gefüllt werden, wozu häufig die Bucht betreten werden muss.
- Nur ein kleiner Teil der Tiere hat gleichzeitig Zugang zu den Beschäftigungseinrichtungen, was zu wenig zum Abbau von Stress führt.
- Man kann nicht alle Tiere in den wenigen Sekunden, in der man eine Bucht kontrolliert, zu Aktivitäten animieren und deshalb rasch kontrollieren.



Der planbefestigte, eingestreute Bereich ist 3 x 5,7 m groß.

Nur ciace EUR 1,- Kosten je Mastschwein

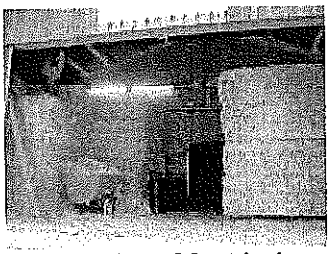
Den meisten Schweinehaltern steht Stroh aus der eigenen Bewirtschaftung zur Verfügung. Mit gerade einmal 40 Großballen Stroh – einer Fläche von circa 4 ha Wintergerste – kann ein Bestand von 900 Mastschweinen das ganze Jahr über reichlich mit Beschäftigungsmaterial versorgt werden.

Für die Berechnung der Kosten für die Strohkette wird hier der Preis unterstellt, zu dem das hofeigene Stroh nach der Ernte als Großpacken verkauft werden könnte (siehe Übersicht, nachfolgend als Download). An Lagerkosten im Vorraum des Maststalles werden für 80 m3 Raumbedarf jährlich EUR 512,- kalkulatorisch angesetzt. Für die Einlagerung und das tägliche Einstreuen sind 45 Arbeitsstunden jährlich nötig.

Bei einem Lohnansatz von EUR 25,- je Stunde errechnet sich daraus ein Aufwandansatz von EUR 1.125,-. In der Summe beläuft sich der jährliche Gesamtaufwand auf EUR 2.837,-. Das sind bei 3.000 verkauften Schweinen gerade mal 0,95 Euro je Tier.

Das ist ein relativ kleiner Betrag im Vergleich zu den Festkosten des Maststalles: 2002 kostete der Mastplatz in Fertigbauweise EUR 500,-, woraus sich bei 5% für Abschreibung, 3% für Verzinsung und 1% für Unterhaltung ein Aufwand von 8% beziehungsweise EUR 40,- je Mastplatz und Jahr errechnet. Das ergibt bei 3,3 Durchgängen EUR 12,- je erzeugtes Mastschwein. Die Kosten für das Stroh in Höhe von ca. 1 Euro je Tier sind jedoch keine Ausgaben, weil etwa ein Drittel als Entlohnung bei einer Stundenverwertung von EUR 25,- enthalten ist.

Diesem Aufwand steht der Nutzen gegenüber: Es müssen keine anderweitigen, meist ziemlich unzulänglichen Beschäftigungsgegenstände in die Buchten eingebracht werden, die bei der jeweiligen CC-Kontrolle unterschiedlich beurteilt werden. Die Tierkontrolle ist effektiv und zugleich effizient durchführbar.



Stroh fällt auf fast jedem Schweinebetrieb an.

Schlussfolgerungen

Die tägliche Strohgabe an Mastschweine hat sich als erstklassiges Beschäftigungsmaterial bewährt. Sie ist arbeitssparend und mit Gesamtkosten von rund EUR 1,- je erzeugtem Mastschwein anderen Materialien weit überlegen.

Voraussetzung sind allerdings relativ große planbefestigte Flächen, die über das ganze Jahr hinweg ziemlich sauber bleiben. Solche Anforderungen lassen sich in Neubauten ohne weiteres umsetzen. Zudem ist Stroh ein wichtiges Instrument, die tägliche Tierkontrolle effektiv und effizient zu gestalten. Als Wühl-, Beiß-, Kau- und Fressmaterial ist es für die intelligenten, verspielten, geruchsempfindlichen und bewegungsaktiven Tiere unverzichtbar.

LK-Beratungsangebot "Kostengünstige Ställe"

Das Interesse an kostengünstigen Stallbaulösungen in der Ferkelproduktion und Schweinemast ist steigend. Um die diesbezügliche Nachfrage abzudecken, bietet die Landwirtschaftskammer Kärnten nun spezielle Beratungsleistungen durch Dipl.-Ing. Rudolf Wiedmann an. Wiedmann ist ein international anerkannter Fachmann auf dem Gebiet der Schweinehaltung und hat auch in Kärnten Referenzbetriebe aufzuweisen.

Das Angebot umfasst eine Beratung auf dem Betrieb mit der Entwicklung von entsprechenden Vorschlägen. Der Landwirt hat dafür einen Kostenbeitrag von EUR 100,- zu leisten.

Interessenten melden sich bis Freitag, 28. Juni, im Referat Tierproduktion in der Landwirtschaftskammer, Tel. (0 46 3) 58 50-15 05 bzw. 15 04, bei Ing. Andreas Mak beziehungsweise Christiane Buchsbaum. Die Beratungen durch Dipl.-Ing. Wiedmann sind dann für Juli 2013 geplant.

Downloads zum Thema

- Kosten und Nutzen von Stroh im Maststall

Unabhängige Bauernstimme

Oktober 2013

Faire Erzeugerpreise als Folge von Tierwohl- und Umwelt-Vorgaben
Immer mehr Bauern werden aktiv im Netzwerk „Bauernhöfe statt Agrarfabriken"

Dass die gemeinsam mit Tierschutzbund und BUND erarbeiteten und bewährten Kriterien des „Neuland"-Programms der Maßstab für alle Tierschutzsiegel sein müssen, hat die AbL jüngst noch einmal nachdrücklich festgestellt. Denn viele Tierwohl-Label oder „Branchenlösungen" tun sich schwer, auch nur annähernd diesem Mindestkompromiss zwischen Tier-Ansprüchen und Betriebswirtschaft zu folgen. Gleichzeitig tun sich aktuell auf politischer Ebene ungeahnte Möglichkeiten zur Durchsetzung dieser „Neuland"-Standards zugunsten der Bauernhöfe auf.

Dies liegt vor allem an der starken gesellschaftlichen Bewegung „Bauernhöfe statt Agrarfabriken", getragen von 220 Bürgerinitiativen und Verbänden wie AbL, BUND, PROVIEH, Deutschem Tierschutzbund, Evangelischem Entwicklungsdienst, Albert-Schweitzer-Stiftung und vielen anderen. Entsprechende Bewegungen gibt es n anderen Ländern wie den Niederlanden - kürzlich vernetzten sich in Papenburg in einem ersten Schritt holländische und deutsche Bürgerinitiativen zur Initiative ORA. Diese Bewegungen haben bereits Hunderte von Megaställen verhindert – und zwar nicht nur wegen deren Emissionen und resistenten Keime, sondern genauso wegen des Ziels einer artgerechten und flächengebundenen Tierhaltung in mittelständisch-bäuerlichen Strukturen. Es geht auch um eine erzeugerpreis-wirksame Einschränkung der EU-Erzeugung ohne Exportdumping und ohne Abhängigkeit von (Gentech-)Sojaimporten. Reine „Bauern-Initiativen" wie z.B. in Barver (Diepholz) oder im Emsland verhinderten erfolgreich Ställe für mehrere Tausend Kühe bzw. Schweine.

Massive Unterstützung bekommt diese Bewegung durch die Medien und durch kommunale Spitzenverbände und CDU-Landräte in den Intensivhaltungsregionen, so dass parteiübergreifend das neue Bundesbaugesetzbuch - zumindest für gewerbliche Betriebe -folgende Regelung vorsieht: Gemeinden können ohne Begründung einen Bebauungsplan für Anlagen oberhalb folgender Tierzahlen verweigern: 1.500 Schweinemast-, 560 Sauen-, 30.000 Masthühner-, 15.000 Puten-, 15.000 Legehennen und 600 Rinderplätze. Davon sind z.B. in der Schweinehaltung etwa 90 Prozent der Schweinehalter nicht betroffen, wohl aber die 10% der agrarindustriellen Überschuss-Produzenten. Begründet sind diese Zahlen durch die Risiken, die von hohen Stall-Tierzahlen für Umwelt, Gesundheit oder Lebensqualität ausgehen. Es dürfte genau deshalb auch bald zu einer Ausweitung dieser Regelung auf flächenstarke, sogenannte „landwirtschaftlich privilegierte" Großbetriebe und deren Großställe kommen. In den Niederlanden gibt es eine ähnliche Bewegung gegen „Megaställe", die die Regierung sogar zu einem längeren Moratorium beim Stallbau veranlasste. Auch die Filtererlasse für Ställe mit mehr als 2.000 Schweinen begünstigen die bäuerlichen Tierhalter gegenüber ihrer agrarindustriellen Verdrängungs-Konkurrenz.

Der zweite unübersehbare Erfolg dieser Bewegung „Bauernhöfe statt Agrarfabriken" ist der Niedersächsische Tierschutzplan, der ganz wesentliche Misstände in der Nutztierhaltung auflistet und klare Termine für deren Beseitigung festgelegt. Es ist bezeichnend für die Stärke der Bewegung, dass dieser Tierschutzplan zunächst von einer CDU-FDP-Regierung verabschiedet wurde. Die rotgrüne Landesregierung und Minister Meyer setzen diese Vorgabe jetzt weiter konsequent um. Nach einer Exkursion mit Landwirten und Wissenschaftlern nach Österreich soll jetzt auch hierzulande das Schnabelkürzen (besser die Schnabelspitzen-Amputation) bei Legehennen beendet

werden, danach auch bei den Puten. Wie bei den Geflügelschnäbeln so ist auch bei den Ringelschwänzen der Schweine das Kupieren seit vielen Jahren durch entsprechende EU-Richtlinien verboten. Während Tierhalter in Skandinavien, im Baltikum oder in England diese Vorgaben längst einhalten, hat man sich bisher in Deutschland mit „Ausnahme-Regelungen" (für 90% der betroffenen Tiere) vor der Umsetzung gedrückt. Die EU-Kommission nimmt dies nicht mehr hin und hat dem Bund und den Bundesländern bereits hohe Strafen angedroht. Mittlerweile haben die Landesregierungen anderer nord- und westdeutscher Bundesländern ähnliche Arbeitsgruppen eingesetzt wie in Niedersachsen, die an der raschen Beendigung der Kupier-Eingriffe arbeiten.

Die Agrarindustrie-Lobby bzw. die Bauernverbandsspitze glauben immer noch, diese gesellschaftliche Entwicklung vor allem im Schweinebereich verhindern oder hinhalten zu können. Dabei ist klar, dass Veränderungen bei Management, Fütterung, Lüftung oder „Spielzeuge" in der Schweinebucht das Schwanzbeißen der Schweine nicht wirklich verhindern können. Dazu braucht ein neugieriges, intelligentes und wühlendes Tier wie das Schwein eben Stroh (und zum Abkoten draußen eine begrenzte Außenfläche). Ganz wie es EU-Richtlinien und praxisbewährte Programme wie „Neuland" längst vorschreiben und wie es die zunehmenden Artikel in Agrarzeitungen zeigen.

Eine solche artgerechtere Haltung ohne Schwanz- oder Schnabelkupieren, mit Stroh und Auslauf oder mit Weidegang können Bauernhöfe viel besser realisieren als Tierfabriken. Weil die Richtlinien EU-weit als CC-Vorgabe der Flächenprämien gelten, wird ein ruinöser Wettbewerbsnachteil (wie beim den isolierten Vorgehen in Skandinavien) unterbunden. Durch das Verbot bestimmter Haltungsbedingungen (wie zuvor der Käfighaltung) gibt es auch keine konkurrierenden Billig-Angebote mehr. Weil die flächendeckend neue Tierhaltung die Überschuss-Mengen drastisch verringert, gibt es auch keine defizitären Drittlandsexporte mehr – und vor allem schaftt die Mengenbegrenzung Spielraum für faire Erzeugerpreise – mit gesellschaftlicher Akzeptanz!.

Viele gute Gründe also für Bauern, sich in diese gesellschaftliche Bewegung massiv enzumischen mit Forderungen nach Praktikabilität und einem massiven und zeitlich angemessenen Umbau- und Förderprogramm!

Eckehard Niemann, AbL-Vertreter in der Koordination des Netzwerks „Bauernhöfe statt Agrarfabriken"

Unabhängige Bauernstimme

Zeitung der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft – AbL

Zur Verteidigung des Strohs

„Stroh-doof". Allein dieses Wort sagt schon alles. Über die unerträgliche Diskriminierung von Stroh. Und über die der Blondinen gleich mit – wohl wegen deren strohfarbenen Haare: „Wie nennt man das, wenn sich Blondinen gegenseitig Stroh zuwerfen? Gedankenaustausch." Strohgegner = bornierte Chauvis! Verächtlichmachung des Strohs auch mit dem Schimpfwort „Dumm wie Bohnenstroh" – obwohl diesem Geschwätz garantiert keinerlei „Vergleichende Untersuchungen über die Intelligenz unterschiedlicher Stroh-Sorten und anderer Substrate " zugrunde liegt.

Ja, mit dem Stroh kann man es ja machen. Das wehrt sich nicht. Welch ein Undank! Gegenüber jenem Substrat, dem wir nicht nur seit vielen Jahrhunderten die Einstreu und das Ballastfutter für unser Vieh verdanken – sondern auch Stroh-Dächer, geflochtene Stroh-Lehmwände, Material für Strohhüte, Strohsterne oder Strohpuppen. Und vor allem den Humusaufbau unserer Böden durch den Mist (zur Erklärung für Jungunternehmer: „Mist" oder auch „Gold des Bauern" nannte man früher mal eine Mischung aus Stroh und Gülle)...

Aber das alles zählt offenbar nicht mehr. Stroh gehört nicht zur „modernen Landwirtschaft", ist meistens sogar eher lästig. Man braucht es zwar noch in grünem Zustand als Halm für die Verbindung zwischen Wurzel und Ähre – aber auch da nur noch auf das Allernötigste reduziert durch Halmverkürzer-Spritzmittel. Viele mögen das Stroh gar nicht mehr zur Nutzung in die Form von Bunden oder Rundballen pressen, sondern häckseln es gleich auf dem Acker weg. Dass es untergepflügt die nötigen Kohlenstoff-Verbindungen für den Humusaufbau liefert, wird vielen allenfalls beim Ausfüllen der Humus-Bilanzierung für die Flächenprämien flüchtig bewusst.

Am schlimmsten aber ist es um das Renommee des Strohs als Einstreu in Schweineställen bestellt, seit die Spaltenböden es von dort verdrängt haben – zum Kummer der Schweine, die auf das gute alte Stroh zum Wühlen, Spielen, Knabbern und Liegen eigentlich elementar angewiesen sind. Aber Stroh als Einstreu? Das treibt manchem schweinehaltenden Unternehmer die Fassungslosigkeit ins Gesicht. Steinzeitlich und fast obszön mutet so was an...

Aber das Stroh wehrt sich. Es kommt mit Urgewalt zurück, zum Beispiel beim absehbaren Verbot des Abschneidens (Kupierens) der Ringelschwänze. Damit die Schweine sich dann nicht die ungekürzten Schwänze abbeißen, wird man ihnen mehr Platz und Stroh geben müssen. Beim so genannten „Bauerntag" des Landvolks habe ich einige Mäster darauf, auf moderne Stallsysteme mit Stroh und auf Betriebskreisläufe als Vorteil der bäuerlichen Betrieben hingewiesen. Interesse weckte immerhin meine Aussage, dass dies alles die Überschuss-Mengen verringern und somit die Erzeugerpreise erhöhen würde. Ich wurde verwundert umringt und befragt: „Sind Sie der Mann, der Schweine auf Stroh halten will?"

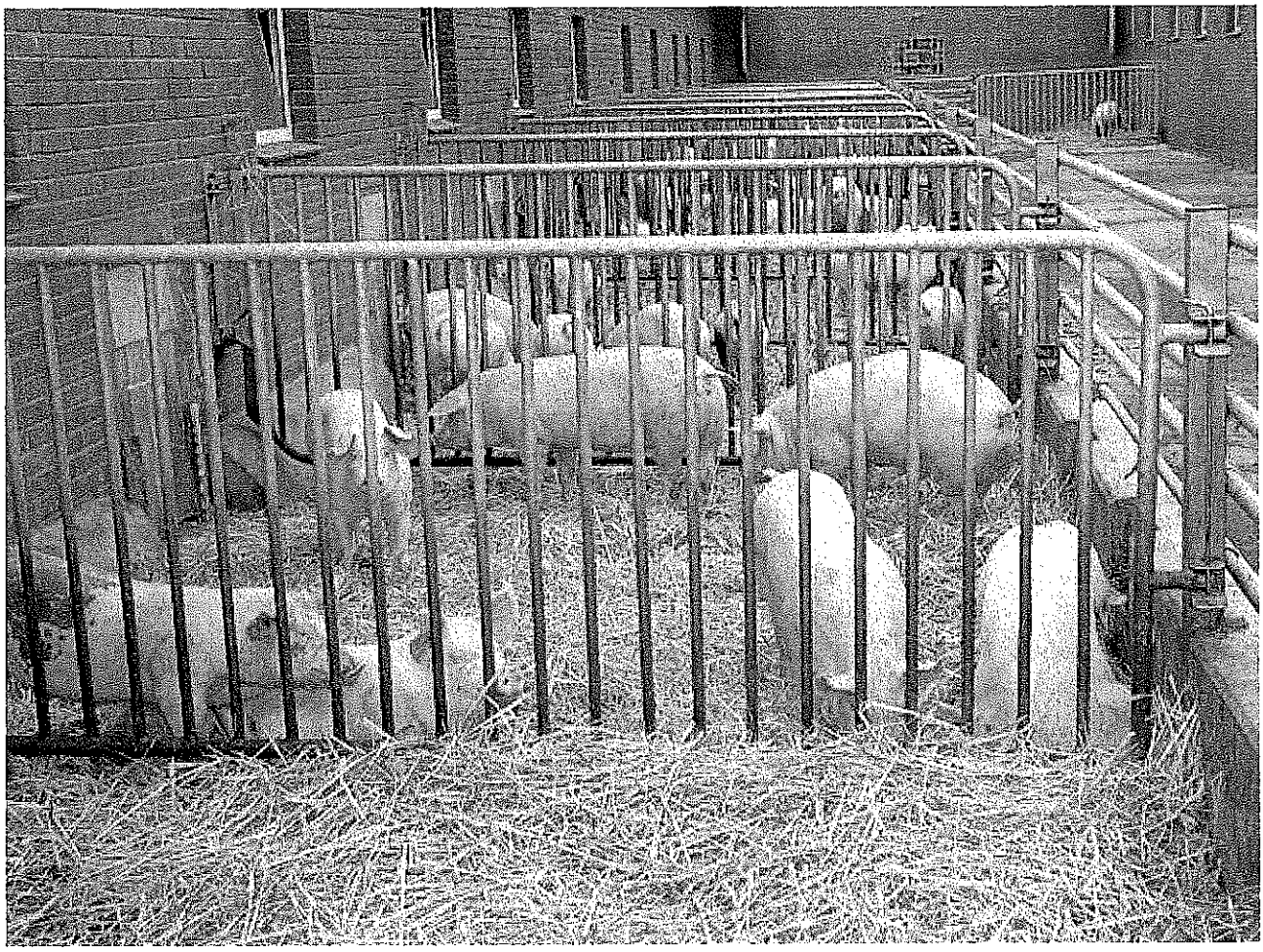
Vielleicht sollte man aus Akzeptanz-Gründen das Wort „Stroh" künftig gänzlich vermeiden und stattdessen ein völlig neues Material namens „Straw" für Schweineställe anpreisen: „Die Lösung auch für Ihre Probleme im Schweinestall - gut strukturiert, leicht, gut portionierbar und lagerfähig, saugt Exkremente und Gerüche auf, kostengünstig, tierwellness-orientiert, ggf. auch im Eigenanbau erzeugbar, gut recycelbar, bodenverbessernd..." Und um unangenehmen Assoziationen mit vulgärem Stroh weiter vorzubeugen, könnte man es vielleicht vor der Anlieferung metallic einfärben und umso teurer verkaufen.

Stroh ist wertvoll. Kalkuliert man als Preis nur 50 Euro je Tonne und multipliziert man das mit den 40 Millionen Tonnen auf Deutschlands Getreidefeldern, dann ergibt das einen volkswirtschaftlichen Gesamtwert von sage und schreibe 2 Milliarden Euro. Jährlich.

Und Stroh ist auch politisch. Zum Beispiel gegen Atomkraft. Nicht nur als alternatives regeneratives Heizmaterial. Die Bäuerliche Notgemeinschaft Lüchow-Dannenberg hat gerade erst in einer Anzeige gemahnt: „Der nächste Castortransport steht vor der Tür: Stroh pressen! Die vielen Menschen, die in der Kälte über Tage und Nächte den Atommülltransport blockieren, benötigen eine Menge Stroh. Bitte denkt dran: Wenn möglich pressen statt einarbeiten!"

Und beim Pressen bitte nicht nur Großballen produzieren, sondern auch die kleinen handlichen Bundel Die man auf Böden lagern und ohne Frontlader transportieren kann, auf denen man so schön kommunikativ sitzt, die als Dekoration beim Erntedankfest nicht fehlen dürfen und mit denen man bei Hoffesten so tolle Türme und Höhlen bauen kann.

Vielleicht träumen viele Bauern nachts von Stroh. Laut Traumdeutung bedeutet Stroh: „Einige Dinge nicht mehr für vorgegeben halten, Stroh als Aufforderung für viel mehr Aufmerksamkeit für Menschen und das gesellschaftliche Umfeld rund um Dich herum." Stroh - gut also auch gegen Borniertheit und Einsamkeit. Stroh macht froh und erfolgreich. Yes we can.



Position Eckehard Niemann
zu Tierschutz- oder Tierwohl-Labeln in der Schweinehaltung 04.02.2013

Tierschutzlabel auf nationaler oder auch internationaler Ebene können Verbrauchern mehr Sicherheit beim Kauf von Produkten bieten, die aus artgerechter Tierhaltung stammen. Deshalb sind Initiativen zu solchen Labeln zu unterstützen – insbesondere solange es auf EU- und Bundesebene eher Blockaden bei der Einführung gesetzlicher Siegel gibt.

Allerdings können Positiv-Kennzeichnungen eine umfassende Deklaration nicht ersetzen, die – nach dem Vorbild von Schaleneiern - auch nicht artgerechte Tierhaltungsformen (Käfighaltung) klar kenntlich machen. Eine solche verbindliche Deklaration fehlt derzeit vor allem bei Produkten mit Verarbeitungseiern als auch bei Fleisch.

Eine wirklich artgerechte Tierhaltung kann man schon heute durch die Siegel bestimmter Bio-Verbände (wie Demeter oder Bioland) erkennen, ebenso durch Siegel im konventionellen Bereich wie z.B. Neuland oder Thönes-Natur.

Diese Siegel sind von Bauern und auch Tierschützern (u.a. dem Deutschen Tierschutzbund) sorgsam erarbeitet worden. Sie sind beileibe keine Luxusprogramme, sondern ein Mindest-Kompromiß zwischen Tierschutz und Wirtschaftlichkeit. Diese Betriebe praktizieren bspw. einen – wenn auch begrenzten – Auslauf für die Tiere und moderne rationelle Strohhaltungs-Systeme - denn eine artgerechte Tierhaltung funktioniert nicht ohne Stroh zum Wühlen und Spielen. Jeder Kompromiss unterhalb dieses Niveaus muss erhebliche und kaum vermittelbare Abstriche beim Tierschutz machen.

Das bundesweite „Netzwerk Bauernhöfe statt Agrarfabriken" von mittlerweile 200 Bürgerinitiativen und Verbänden als stärkster Ausdruck einer starken gesellschaftlichen Bewegung verhindert derzeit nicht nur Tierfabriken vor Ort, sondern hat bereits durch seinen starken politischen Druck gesetzliche Veränderungen bewirkt. Die Novelle des Bundes-Bau-Gesetzbuchs und der Niedersächsische Tierschutzplan werden – bei Aufrechterhaltung des politischen Drucks – zu einer Begrenzung des Baus von Agrarfabriken und zu neuen Vorgaben der Tierhaltung führen.

Nur ordnungsrechtliche Vorschriften können EU-weit eine flächenbundene, artgerechte Tierhaltung ohne Antibiotika-Abhängigkeit in mittelständisch- bäuerlichen Strukturen ohne Wettbewerbsverzerrungen und konkurrierenden Preisdruck gewährleisten. Nur die dadurch zu erreichenden fairen Erzeugerpreise auch im konventionelleln Bereich können Bio- oder Neuland-Programme vom Billigpreis-Druck befreien.

Tierschutzsiegel können und müssen diese Entwicklungen und Bewegungen unterstützen und verstärken - dürfen aber keinesfalls dahinter zurückfallen. Etliche der neu vorgestellten Tierwohl-Label erfüllen diese Anforderung nicht oder nur unzureichend. Dies gilt auch für das Tierschutz-Label des Deutschen Tierschutzbundes, das derzeit in Kooperation mit dem VION-Fleischkonzern umgesetzt werden soll.

Das Tierschutzlabel des Deutschen Tierschutzbunds verlangt für die so genannte „Einstiegsstufe" bei Mastschweinen (ausgelobt mit einem Silberstern)

- ein Drittel mehr Platzangebot,
- neben dem weiter bestehenden Spaltenboden einen befestigten und belüfteten Liegebereich mit „Minimaleinstreu" oder einer weichen Matte (2 Jahre Übergangszeit),
- einen „Beschäftigungsautomaten" mit Stroh,
- Luftkühlung oder Wasservernebelung,
- eine „Strukturierung der Bucht",
- ein Verbot des Schwänzekürzens (aber erst nach 2 Jahren),
- das Verbot der betäubungslosen Kastration,
- eine Transportdauer von maximal 4 Stunden,
- eine sichere Betäubung am Schlachthof,
- „tierbezogene Kriterien im Betrieb und auf dem Schlachthof",
- die Verfütterung von gentechnisch unveränderten Futtermitteln (aber erst nach 3 Jahren),
- eine Bestandsobergrenze von 3000 Mastplätzen.

Die sofort und nicht erst nach 2018 vorgeschriebene Kastration mit Betäubung, die Begrenzung der Transportdauer und die sichere Betäubung am Schlachthof sind zu begrüßen. Eine artgerechte Tierhaltung gewährleistet dieses Programm dennoch nicht.

Wir drängen aus folgenden Gründen massiv auf rasche und gravierende Änderungen und Verbesserungen an diesem Programm:

1. Hinter dem VION-Tierschutzlabel steht keine wirklich artgerechte Schweinehaltung

Derzeit werden den Schweinen die Ringelschwänze abgeschnitten, weil sie sich sonst unter den Stressbedingungen gegenseitig die Schwänze abbeißen. Eine EU-Richtlinie hat dieses Kupieren bereits vor 9 Jahren untersagt und setzt jetzt die EU-Mitgliedsstaaten unter Druck, diese Richtlinie umzusetzen. Wenn man den Schweinen die Ringelschwänze nicht mehr abschneiden darf, muss man die Tiere artgerecht und ohne Stress halten.

Dazu gehört nicht nur mit etwas mehr Platz wie im VION-Programm, sondern unbedingt auch Stroheinstreu zum Wühlen und ein begrenzter Auslauf. Spaltenböden über den Gülle-Kanälen führen zu Klauenverletzungen und Lungenschäden. Bei festem Boden und Stroheinstreu gibt es diese Probleme nicht. Bei Neuland bleibt das Stroh im Stall sauber, weil die Tiere einen begrenzten Auslauf haben und draußen koten und urinieren. Beim VION-Programm wird selbst das angestrebte Management einer trockenen Liegefläche bei benachbartem Spaltenboden nur einem Teil der Betriebe gelingen.

Ein Drittel mehr Platz, eine andere Lüftungsführung und eine Gummimatte auf den Spaltenböden im Liegebereich der Tiere werden den Stress der Tiere und damit das Schwänzebeißen definitiv nicht abstellen können.

Auch die EU-Schweinehaltungs-Richtlinie verlangt ja ausdrücklich auch den Zugang der Schweine zu Stroh – als Einstreu. Eine Metallröhre, aus der die Tiere ab und an eine gepresste Strohtablette ziehen können, ist kein „Zugang zu Stroh".

Der Tierschutzplan des Landes Niedersachsen hat das Ziel gesetzt, dieses Schwänze-Kupieren bis 2016 zu beenden. Die EU-Richtlinie untersagt dies seit 9 Jahren. Zumindest in der zweijährigen Übergangszeit (ohne Kupierverbot) fällt das Tierschutzsiegel also hinter die EU-Vorgaben zurück.

2. Das Tierschutzsiegel nützt bäuerlichen Betrieben nicht und schadet ihnen sogar

Bauern in Bioverbänden (wie Bioland oder Demeter) oder Neuland-Bauern halten ihre Tiere nach klaren Tierschutz-Standards, die der Deutsche Tierschutzbund mit entwickelt hat.
Viele dieser Bauern befürchten zu Recht, dass die Konkurrenz des Billig-Tierschutz-Siegels ihren Absatz gefährdet, wenn Kunden im Vertrauen auf das neue Siegel billiger einkaufen wollen.

Die Erzeugerpreise für Schweinehalter liegen seit vielen Jahren unterhalb der Kosten. Auch die Teilnehmer am Tierschutz-Siegel-Programm erzielen keine Gewinne, weil sie ja höhere Kosten haben und ihnen nur diese höheren Kosten erstattet werden. Dies ist der Hauptgrund, weshalb nur 15 Betriebe am Tierschutz-Siegel-Programm teilnehmen. Diese Betriebe werden zudem vollständig an den VION-Schlachtkonzern gebunden. Der Verband der deutschen Schweinehalter (ISN) prangert gerade aktuell die VION- Preisdrückerei gegenüber den Schweinehaltern an. Der in die Krise geratene und auch wegen Werkvertrags-Lohndrückerei kritisierte VION-Konzern will sich offensichtlich mit einer „Tierschutz"-Marketingblase ein besseres Image verpassen.

Das Tierschutzsiegel zieht Obergrenzen erst bei 3.000 Mastschweinen – also in einer Dimension, die bisher nur von einer absoluten Minderheit von wachsenden agrarindustriellen Schweinehaltungsbetrieben praktiziert wird. Vor allem diese gefährden die Akzeptanz der Landwirtschaft bei Anwohnern und in der Gesellschaft und sorgen zudem mit ihrer massiven Überschussproduktion für den ruinösen Verfall der Schweinepreise und somit für die Verdrängung vieler bäuerlicher Schweinehalter. Eine artgerechte Tierhaltung mit Stroh und begrenztem Auslauf ist kaum in agrarindustriellen Dimensionen möglich und nur in bäuerlichen Strukturen wirklich praktikabel. Nicht ohne Grund haben die Trägerverbände von Neuland (AbL, BUND und Tierschutzbund) deutlich niedrigere Bestandsobergrenzen verankert.

Diese Regelung des Labels ist deshalb kontraproduktiv und schädlich – gerade in einer Zeit, da der Bundestag bei der Novelle zum BBGB darüber diskutiert, dass die Gemeinden Ställe schon ab 1.500 Mastplätzen verhindern können – auch wegen der Immissionsbelastung der Anwohner und der Umwelt. Bei diesen Größenordnungen wird es Bürgerinitiativen gegen Ställe des Tierschutzsiegels geben.

3. Die „Übergangszeiten" des Tierschutzsiegels sind nicht nachvollziehbar

Das Tierschutzsiegel verlangt erst nach 3 Jahren gentechnikfreies Futter und erst in zwei Jahren die Beendigung des Schwanz-Kupierens. Dies ist nicht nachvollziehbar, weil die Bio-Betriebe und viele konventionelle Betriebe bereits ganz bewusst gentechnikfreies Futter kaufen und verfüttern. Eine Schweinehaltung ohne Schwanzkupieren ist sofort möglich, wenn man die Illusion einer strohlosen Haltung aufgibt. Dass es bezeichnenderweise auch keine Begrenzung beim Antibiotika-Einsatz im Tierschutzlabel gibt, ist auf diesem Umstand zurückzuführen.

Die in der „Übergangszeit" zu erwartenden Misstände oder sogar Skandale gefährden nicht nur die Akzeptanz aller anderen oder künftigen Tierschutzsiegel, sondern sogar generell das Vertrauen in einer artgerechte Tierhaltung

4. Für ein wirkliches und unterstützendes Tierschutzsiegel!

Das „Netzwerk Bauernhöfe statt Agrarfabriken", dem der Deutsche Tierschutzbund ja auch beigetreten ist, setzt bewusst auf ein baldiges Verbot der Stress- und Qualhaltung – und auf Ställe mit Stroh und begrenztem Auslauf. Ein Tierschutzsiegel sollte dies unterstützen und nicht dahinter zurückbleiben.

Der Gold- bzw. Zweisterne-Standard des Tierschutzsiegels (Bio bzw. Neuland) darf nicht durch ein „Billig-Einstiegs-Siegel" gefährdet werden.

Der Wunsch der Deutschen Tierschutzbunds nach einem Einstiegs-Siegel für mehr und billigeren Tierschutz ist ehrenwert und durchaus nachvollziehbar – aber das vorliegende Siegel kann diesen Anspruch nicht einlösen. Billig-Tierschutz bzw. Tierschutz-light ist in der Schweinehaltung ganz offensichtlich nicht praktikabel und sogar kontraproduktiv.

Zwei unterschiedliche AbL-Pressemitteilungen

-------- Original-Nachricht --------
Betreff: AbL-Pressemitteilung zur morgigen Sendung von Report Mainz : "Greenwashing durch neues Label - Wie Tierschützer der Fleischindustrie ein besseres Image verschaffen"
Datum: Mon, 4 Feb 2013 09:51:59 +0100
Von: Eckehard.Niemann <eckehard.niemann@gmx.de>
An: Eckehard.Niemann <eckehard.niemann@gmx.de>

Sehr geehrte Redaktionen,
der morgige Beitrag von Report Mainz (s.u.) dürfte zu intensiven Diskussionen über das neue Tierschutzsiegel des Deutschen Tierschutzbunds führen, insbesondere auch hinsichtlich der Nutzung durch den VION-Fleischkonzern.

Wir bitten um Beachtung unserer Pressemitteilung und unseres Positionspapiers.

Nähere Informationen zum Siegel finden Sie auf der Internetseite des Deutschen Tierschutzbunds.

Mit freundlichen Grüßen
Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft - AbL
Landesverband Niedersachsen - Pressesprecher
Eckehard Niemann, Varendorfer Str. 24, 29553 Bienenbüttel
0151-11201634 - eckehard.niemann@freenet.de

REPORT MAINZ

am 05.02.2013 (21.45 Uhr im Ersten)

- **Greenwashing durch neues Label:** Wie Tierschützer der Fleischindustrie ein besseres Image verschaffen

AbL- Pressemitteilung
Schweine-Mastställe von Tierschutzlabel "light" in der Kritik

Vor dem Hintergrund einer kritischen ARD-Report-Sendung zum neuen Tierschutzlabel des Deutschen Tierschutzbunds und des VION-Fleischkonzerns bei Mastschweinen hat die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) dringlich davor gewarnt, mit Tierschutzsiegeln light falsche Verbrauchererwartungen zu wecken. Dies könne zu erheblichen Vertrauensverlusten in solche Siegel insgesamt und zu einer Enttäuschung bei beteiligten engagierten Landwirten führen und sogar den gesamten Nutztierschutz beeinträchtigen. Die AbL äußerte zwar Verständnis für das Bestreben des Tierschutzbunds, über eine „Einstiegsstufe" einen breiteren Nutztierschutz zu ermöglichen – im Interesse des Verbrauchervertrauens sei jetzt aber dringend eine grundlegende Verbesserung dieser Label-Kriterien bei Mastschweinen geboten.

Die Sendung „Report Mainz" werde am Dienstag nicht nur über einzelne höchst kritikwürdige Zustände berichten, sondern auch die geringen Standards in der „Einstiegsstufe" des Siegels kritisieren, die vom Deutschen Tierschutzbund mit einem silbernen „Tierschutzstern" zertifiziert würden. Nach allen Erfahrungen reiche es nicht aus, den Tieren etwas mehr Platz zu geben und bei Weiterbestehen des Spaltenbodens lediglich eine Gummimatte auf einen besser belüfteten Liegeplatz zu legen. Dadurch könnten Klauenverletzungen auf den Spaltenböden und Lungenschäden durch die Gülle unter den Spalten nicht beseitigt werden und vor allem auch nicht das Schwanzbeißen der haltungsgestressten Mastschweine.

Trotz eindeutiger Vorgaben der EU, die das Abschneiden (Kupieren) der Ringelschwänze untersagten, werde dies in Deutschland über so genannte „Ausnahmegenehmigungen" weiter bei ca. 90% der Schweine so praktiziert. Man wolle so den Umbau auf eine artgerechte Tierhaltung mit Stroh vermeiden. Schweine bräuchten aber einen festen Boden mit Stroheinstreu zum stressfreien Wühlen und Spielen. Bei den modernen und arbeitsrationellen Strohhaltungssystemen von Bioverbänden (wie Bioland oder Demeter) und konventionellen Programmen wie „Neuland" komme ein begrenzter Auslauf dazu, damit die Tiere draußen „ihr Geschäft erledigten" und der Stall selbst trocken bleibe. Bei diesen mit dem Zweistern-Goldlabel zertifizierten Programmen bleibe der Ringelschwanz als sichtbares Zeichen für das Wohlbefinden der Tiere dran.

Es sei dagegen kaum vermittelbar, dass das „Einstiegsstufen"-Tierschutzlabel in einer zweijährigen Übergangszeit sogar das Kupieren der Schwänze erlaube und damit noch hinter die EU-Vorgaben zurückfalle. Die EU-Richtlinie verlange auch ausdrücklich den Zugang der Schweine zu Stroh als Einstreu die Metallröhre in den gelabelten Ställen, aus der die Tiere sich gepresste Strohtabletten zum Kauen ziehen könnten, erfülle diese Vorgabe nicht. Wenig nachvollziehbar sei auch, dass das Einstiegs-Label nicht einmal Reduktions-Vorgaben hinsichtlich der Antibiotika mache und gentechnikfreies Futter erst nach 3 Jahren vorschreiben wolle.

Ein solches Tierschutzsiegel light, so die AbL, nütze bäuerlichen Betrieben nicht, sondern schade ihnen sogar. Bio- und Neulandbauern befürchteten zu Recht, dass die Konkurrenz des Billig-Siegels ihren Absatz und ihre Standards gefährde. Die am Label-Programm beteiligten, bisher nur 15 Betriebe bekämen zwar den Umbau der Ställe gefördert, aber keine kostendeckenden Erzeugerpreise. Die Mäster würden durch dieses Programm zudem an den VION-Konzern gebunden, der vom ISN-Schweinehalter-Verband seit längerem wegen seiner Preisdrückerei heftig angeprangert werde. Der in die Krise geratene VION-Konzern wolle sich offensichtlich mit seiner minimalen „Billigtierschutz-Marketingblase" vor allem ein besseres Image verschaffen.

Deutliche Kritik äußerte die AbL auch an der viel zu hohen Obergrenze des Labels. Erlaubt seien Ställe bis zu 3.000 Schweinen - während bei der Novellierung des BundesBauGesetzbuchs eine Obergrenze schon bei 1.500 Mastplätzen debattiert werde. Eine futterflächen-gebundene und artgerechte Tierhaltung ohne Antibiotika-Abhängigkeit könnten nur Bauernhöfe umsetzen. Nur eine klare Abgrenzung zu Agrarfabriken könne verhindern, dass weiterhin mittelständisch-bäuerliche Betriebe durch die ruinöse Überschussproduktion von weiteren Großmastanlagen vom Markt verdrängt würden. Dies entspreche auch der Forderung des bundesweiten Netzwerks „Bauernhöfe statt Agrarfabriken", dem der Tierschutzbund beigetreten sei und das auf ein EU-weites Verbot von Agrarfabriken und Stresshaltung dränge. Es wäre fatal, so die AbL, wenn sich Bürgerinitiativen besorgter Anwohner auch gegen Großställe des Tierschutz-Labels richten müssten. **4.730 Zeichen - 04.02.2013**

-------- Original-Nachricht --------
Betreff: Tierschutzlabel braucht Dynamik. NEULAND gibt als Premium Orientierung
Datum: Tue, 5 Feb 2013 12:21:30 +0100
Von: Ulrich Jasper (AbL) <jasper@abl-ev.de>
An: <jasper@abl-ev.de>

AbL - Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft
Pressemitteilung, Hamm, 05.02.2013

Tierschutzlabel braucht Dynamik.
NEULAND gibt als Premium Orientierung

AbL: Anders als die Ministerin beweist Tierschutzbund Mut, neue Wege zu gehen

Der Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), Bernd Voß, zollt dem Deutschen Tierschutzbund Anerkennung für seinen Mut, neue Wege hin zu einer gesellschaftlich akzeptierten Tierhaltung zu gehen. „Anders als Bundesministerin Ilse Aigner traut sich der Deutsche Tierschutzbund, ein Label für mehr Tierschutz in der Nutztierhaltung in den Markt zu bringen und mit konkreten Mindestanforderungen an die beteiligten Betriebe und Unternehmen zu hinterlegen. Wer den Fleischmarkt und die Strukturen kennt, der weiß aber auch, dass so ein Schritt nicht ohne Risiko ist und sich berechtigter Kritik stellen muss", so der AbL-Vorsitzende Bernd Voß.

Die AbL stellt klar, dass sich die Kritik, die offenbar in einem für heute Abend angesetzten Fernsehbeitrag wiederholt werde, auf die erste Stufe des neuen Labels beziehe. Diese Einstiegsstufe sei nur mit einem Stern gekennzeichnet, während die Premium-Stufe mit zwei Sternen ausgezeichnet ist. „Die Orientierung für das Label mit zwei Sternen bieten die Tierschutz-Richtlinien des NEULAND-Fleischprogramms, die sich in jahrzehntelanger Praxis bewährt haben. Das NEULAND-Programm ist ein kooperatives Gemeinschaftswerk von Bauern, Tierschützern und Umweltschützern, denn Trägerverbände sind hier die AbL, der Deutsche Tierschutzbund und der BUND für Umwelt und Naturschutz. Das Programm besteht seit 25 Jahren und hat auch für die Weiterentwicklung der Richtlinien der ökologischen Tierhaltung wichtige Impulse gesetzt", so Voß. Es sei daher nur folgerichtig, dass Fleisch aus artgerechter NEULAND-Tierhaltung nun unter dem Zwei-Sterne-Tierschutzlabel Einzug in den Lebensmitteleinzelhandel erhalte.

„Als AbL und damit einem der NEULAND-Trägerverbände sind wir sicher, dass das Tierschutz-Label in der Eingangsstufe mit nur einem Stern Dynamik braucht, auch was die praxistauglichen Anforderungen an die tiergerechte Haltung betrifft. Letztlich kann die Eingangsstufe nur Übergang zum Premium sein. Selbstverständlich muss der Mehraufwand der Bauern über höhere Preise angemessen honoriert werden. Auch dafür ist NEULAND Beispiel. Ein Marktprogramm funktioniert auf Dauer, wenn alle Seiten mehr davon haben mitzumachen als draußen zu bleiben. In diesem Sinne setzen wir darauf, dass sich die Initiative des Deutschen Tierschutzbunds für alle auszahlt: für das Tierwohl, für die Bauern, für die Verbraucher und damit insgesamt für die Zukunftsfähigkeit der Nutztierhaltung in Deutschland", so Voß abschließend.

V.i.S.d.P.: Ulrich Jasper, AbL

AbL - Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V.
Bahnhofstraße 31
D - 59065 Hamm/Westf.
Tel.: 02381-9053171
Fax: 02381-492221
jasper@abl-ev.de

DEUTSCHER
TIERSCHUTZBUND E.V.

Bundesgeschäftsstelle
Presseabteilung
Baumschulallee 15
53115 Bonn
Tel: 0228/60496-0
Fax: 0228/60496-41
E-Mail:
presse@tierschutzbund.de
Internet:
www.tierschutzbund.de

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V.
Bahnhofstraße 31
59065 Hamm
Tel: 02381/9053-171
Fax: 02381/4922-88
E-Mail:
info@abl-ev.de
Internet:
www.abl-ev.de

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V.
Am Köllnischen Park 1
10179 Berlin
Tel: 030/27586-40
Fax: 030/275 86-440
E-Mail:
bund@bund.net
Internet:
www.bund.net

Pressemeldung

04.10.2013

Kritik an Branchenlösung „Initiative Tierwohl" / Forderungen nach höheren gesetzlichen Standards, mehr Transparenz und anderer Förderpolitik

Mit Kritik reagieren der Deutsche Tierschutzbund, der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) sowie die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) auf die „Initiative Tierwohl" als sogenannte Branchenlösung. Die „Initiative Tierwohl" wurde von Unternehmen der Fleischbranche und des Handels gegründet, um auf Probleme in der landwirtschaftlichen Tierhaltung zu reagieren. Die drei Verbände forderten vor Beginn der Ernährungsmesse ANUGA (ab 5.10.2013) die Träger der „Initiative Tierwohl" auf, die bisher aufgestellten Kriterienkataloge zu überdenken und die Rolle von QS als Prüfsiegel klarzustellen. Zudem brauche es eine aussagekräftige, transparente Kennzeichnung der Produkte.

Die drei Verbände, die auch Träger des NEULAND-Vereins für tiergerechte und umweltschonende Nutztierhaltung sind, nutzten die gemeinsame Pressekonferenz am heutigen Welttierschutztag (4.10.2013) zudem dazu, von einer zukünftigen Bundesregierung gesetzliche Standards zu fordern, die für die gesamte Branche eine tier- und umweltschutzverträgliche bäuerliche Tierhaltung gewährleisten. Das Tierschutzgesetz müsse endlich von einem Tiernutz- zum Tierschutzgesetz umgestaltet und die gesetzlichen Standards der landwirtschaftlichen Tierhaltung deutlich angehoben werden, sind sich die Verbände einig. Dazu gehöre auch die Umstellung der Förderpolitik, die stärker als bisher auf Leistungen im Sinne des Tier- und Umweltschutzes und auf Stärkung kleinbäuerlicher Strukturen ausgerichtet sein müsse.

Thomas Schröder, Präsident des Deutschen Tierschutzbundes: „Wir brauchen ein neues Tierschutzgesetz, wir brauchen mehr Tierschutz in den Ställen und wir brauchen mehr begleitende Verbrauchertransparenz. Kurzum: Die deutsche Agrarpolitik braucht einen Systemwandel. Mit der „Initiative Tierwohl" erkennt die Branche endlich die Probleme an, aber zur Lösung braucht es mehr."

Hubert Weiger, Vorsitzender des BUND: „Verbraucher und Lebensmitteleinzelhändler sollten sich nicht in die Irre führen lassen von der neuen selbstgestalteten „Initiative Tierwohl" der Unternehmen. Wie schon das Siegel Qualität und Sicherheit QS, freiwillige Vereinbarungen zu Puten und Industrie-Label einzelner Schlachthöfe gezeigt haben, dienen freiwillige Kennzeichnungen eher der Verbrauchertäuschung als dass sie Antibiotikamissbrauch und Qualzucht beenden. Auch die „Initiative Tierwohl" ist vor allem Teil einer Imagekampagne, mit der Fleischkonzerne versuchen, das Leid von 67 Millionen Masthühnern und 30 Millionen Mastschweinen in Deutschland zu vertuschen. Erst ein besseres Tierschutzgesetz hilft gegen Tierleid und Antibiotikamissbrauch in der Massentierhaltung."

Bernd Voss, Vorsitzender AbL, ergänzt: „'Die Initiative Tierwohl' droht zu einem großen Täuschungsmanöver zulasten von Verbrauchern, Tieren und Bauern zu werden. Die Kunden werden nicht erkennen können, ob das Fleisch aus einer wirklich tiergerechten Haltung stammt. Die Mindestanforderungen bleiben weit zurück hinter

der langjährigen Praxis einer artgerechten Tierhaltung wie beim NEULAND-Programm. Und die Bauern bleiben bei einer konsequent tiergerechten Haltung auf Kosten sitzen. Auch das Kartellamt wird hoffentlich Nachbesserungen verlangen."

Bewertung der Initiative Tierwohl:
Das Ziel, in der Breite Tierschutzverbesserungen durchzusetzen und dem Landwirt, der sich an Fortschritten in der Tierhaltung beteiligt, mehr Geld zu erstatten und damit Tierschutz zu bewegen, teilen die Verbände. Sie stellten aber zugleich klar, dass die von der Branche als Lösung formulierte „Initiative Tierwohl" – mit einem ungenügenden Basispaket aus Pflicht und Wahlkriterien - dem bisher noch nicht gerecht werde. Insgesamt käme es bisher nur zu geringen Verbesserungen im Hinblick auf die Haltung und kaum zu Verbesserungen gegenüber den aus Tierschutzsicht bisher unzureichenden gesetzlichen Vorgaben. So ist es etwa aus Tierschutzsicht unhaltbar sowie aus Umweltschutz- und Verbrauchersicht fragwürdig, dass bei Schweinen Raufutter, organisches Beschäftigungsmaterial wie Stroh, Verzicht auf Schwanzkupieren oder bei Geflügel die Besatzdichte als Wahlkriterien vorgesehen sind. Auf eine Kennzeichnung wollen die beteiligten Branchenvertreter der „Initiative Tierwohl" offenbar verzichten, Billigpreisbewerbungen von Fleisch werden damit bleiben. Dabei sei Fleisch schon jetzt zu billig, so Schröder, Weiger und Voss übereinstimmend, das gehe zu Lasten der Tiere, der Umwelt und letztlich auch der Landwirte.

Die Verbände fordern die Branche auf, die Methodik der „Initiative Tierwohl" im Grundsatz zu überdenken. Dabei müsse anders als bisher im Mittelpunkt stehen, dass die Haltungsbedingungen artspezifischen Verhaltensweisen und den daraus abgeleiteten Bedürfnissen des Tieres Rechnung tragen. Tierhaltungssysteme müssten ganzheitlich betrachtet werden, denn Verbesserungen isoliert ausgewählter Teilaspekte führten nicht zwingend zu einem höheren Tierschutzniveau. Zudem müsse die Branche zwingend die Rolle von QS klären. Bisher sei QS ein Prüfsystem, aber eben kein Tierschutzsiegel, wie es jetzt mit der „Initiative Tierwohl" offenbar suggeriert werde.

Mit scharfer Kritik reagieren die Verbände in dem Zusammenhang auf die von der „Initiative Tierwohl" beabsichtigte Massenbilanzierung bei Schweinen. Das führe dazu, dass der Verbraucher nicht mehr erkennen könne, ob das Produkt von einem Tier aus einer herkömmlichen Mast oder aus einer nach verschiedensten, bisher in der Summe, unzureichenden Kriterien veränderten Intensivhaltung stamme.

Kritik auch am REWE-Nachhaltigkeitssiegel „Pro Planet" für Masthühner
Den Weg der Massenbilanzierung führte das Unternehmen REWE mit der Tochter Penny bereits in der Eigenmarke bei Hähnchenprodukten ein. Die Produkte werden mit dem Nachhaltigkeitssiegel „Pro Planet" gelabelt, aber kein Verbraucher kann sicher sein, dass sich in der Verpackung auch tatsächlich ein Produkt befindet, dass von einem Masthuhn aus einem „Pro Planet"-Stall stammt. Es kann auch ein Produkt aus einem herkömmlichen Intensivstall sein. Zudem sind auch hier die Haltungsvorgaben nicht sehr ehrgeizig: Für das deutsche „Pro Planet-Hähnchen" gelten z.B. max. 35 kg Besatzdichte, das ist knapp unter den gesetzlichen Standards. Am deutschen Markt gibt es bereits Projekte, die mit 25 kg-Besatzdichte auskommen. Die REWE-Verbraucherverwirrung wird noch komplettiert, indem das Unternehmen bei dem österreichischen „Pro Planet" wiederum bessere Vorgaben als bei dem deutschen Nachhaltigkeitssiegel zulässt: In Österreich ist die Besatzdichte für „Pro Planet" z.B. mit 25 kg maximal vorgeschrieben.

◉ *Schwerpunkt »Tierhaltung in der Landwirtschaft«*

»Bauernhöfe statt Agrarfabriken«

Die Erfolgsgeschichte eines zivilgesellschaftlichen Netzwerks

von Eckehard Niemann

Seit gut vier Jahren gibt es das Netzwerk »Bauernhöfe statt Agrarfabriken«. Mittlerweile engagieren sich in diesem Netzwerk etwa 250 Initiativen vor Ort gemeinsam mit bundes- und/oder landesweit agierenden Organisationen für eine zukunftsfähige und nachhaltige Nutztierhaltung auf bäuerlichen Betrieben und gegen Agrarfabriken. Das Engagement zahlt sich aus: Neben der konkreten Verhinderung von Megaställen war und ist das Netzwerk an wichtigen gesetzlichen Veränderungen im Bau- und Tierschutzrecht beteiligt. Grundlage des erfolgreichen Wirkens dieses Netzwerks sind gute Organisation, umfassende Information, eindrückliche Demonstrationen und hartnäckige politische Überzeugungsarbeit. Der folgende Beitrag wirft aus der Sicht des Netzwerkes einen Blick auf die bisherigen Erfolge und benennt aktuelle und zukünftige Entwicklungen und Herausforderungen.

Im September 2009 wurde in Magdeburg das bundesweite Netzwerk »Bauernhöfe statt Agrarfabriken« gegründet – gerade rechtzeitig vor einer Flut von Anträgen auf noch mehr Megaställe für Legehennen, Masthühner, Puten, Mastschweine, Sauen und auch Milchkühe. Laut einer Studie des BUND wurden zwischen 2009 und 2012 Tierplätze für 2,5 Millionen Puten, knapp 40 Millionen Masthühner, 2,5 Millionen Schweine sowie 100.000 Milchkühe beantragt und bewilligt.[1] Durch Klagen von Bürgern, Naturschutzverbänden und Gemeinden konnte nur ein Teil dieser Anlagen verhindert werden. Hinzu kommen aber viele Hunderte ursprünglich geplanter Anlagen, deren Investoren wegen der zu erwartenden Auseinandersetzungen von ihren Vorhaben Abstand nahmen. Auch reine »Bauern-Initiativen« wie zum Beispiel in Barver (Diepholz) oder im Emsland verhinderten erfolgreich Ställe für mehrere Tausend Kühe bzw. Schweine (zu den verhinderten Ställen siehe untenstehenden Kasten). Gemeinsam mit anderen Verbänden und Institutionen hat das Netzwerk wichtige gesetzliche Veränderungen im Bau- und Tierschutzrecht auf den Weg gebracht.

Das Prinzip der offen-lockeren und gerade deshalb konfliktarmen, flexiblen Vernetzung zwischen den mittlerweile 250 Bürgerinitiativen und Verbänden wie AbL, Albert Schweitzer Stiftung für unsere Mitwelt, BUND, Deutscher Tierschutzbund, Evangelischer Entwicklungs-Dienst (EED) oder PROVIEH hat sich bewährt. In Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen, Brandenburg und Bayern haben sich bereits Landesnetzwerke gegründet. Entsprechende Bewegungen gibt es auch in anderen Ländern wie den Niederlanden – kürzlich vernetzten sich in Papenburg in einem ersten Schritt holländische und deutsche Bürgerinitiativen zur Initiative ORA (lateinisch, die Grenze). Diese Netzwerkaktivitäten machen politisch wirksam, was die Mehrheit der Menschen bei uns wie auch in den Nachbarländern schon lange will: eine artgerechte Tierhaltung ohne systematischen Antibiotikaeinsatz zur Kaschierung von Haltungsstress, mit echter Bindung an heimische und betriebliche Futterflächen, in mittelständisch-bäuerlichen Strukturen – und nicht in agrarindustriellen Konzern-Abhängigkeiten, die auf der Anpassung von Tieren an Megaställe, auf Gensojaimporten und Exportüberschüssen zu Lasten der Bauern hier und in den Empfängerländern beruhen.

Neu: Bürger vor Ort aktiv

Für Umwelt- und Tierschutz, Bauernhöfe und eine gerechte Eine-Welt setzen sich viele Verbände und Initiativen schon lange ein. Neu ist, dass sich viele Bürger-/innen gegen eine Agrarfabrik an ihrem Wohnort einsetzen. Die meisten von ihnen zunächst aus dem unmittelbaren Grund, dass sie wegen der Emissionen von Keimen, Ammoniak und Geruch um ihre Gesundheit, ihre Lebensqualität, ihre Umwelt und ihre weichen

Standortfaktoren fürchten. Und dies sind beileibe keine »bornierten Beweggründe«, sondern sehr gerechtfertigte: Warum sollte man all diese Risiken in Kauf nehmen, nur weil jemand einen weiteren umstrittenen Megastall bauen will – mit zumeist ohnehin zweifelhaften Gewinnaussichten, aber einem Mehrfachen an Wertverlusten für die Immobilien der Anwohner. Doppelt bestätigt fühlen sich die Bürgerinitiativen in ihrem Widerstand, wenn sie Informationen darüber erhalten, wie die Tiere in dem Stall und anderswo gehalten werden, woher die Sojafuttermittel stammen und welche Auswirkungen der Anbau in ihren Ursprungsländern hat, woher die Gülleüberschüsse stammen, was mit den Fleischüberschüssen geschieht und wie das alles mit der Agrarpolitik zusammenhängt.

Und nichts ist erfolgreicher als der Erfolg: Über das Netzwerk erfahren die Bürgerinitiativen von anderen Initiativen, von erfolgreichen Hebeln der Verhinderung. Sie bekommen Zugang zu Adressen von Gutachtern und Anwälten, die neue Lücken in den Antragsunterlagen, Genehmigungsverfahren und Verordnungen aufdecken – von fehlenden Keimschutzgutachten bis hin zu unzureichenden Brandschutzanforderungen. Auch die Medien, die sich interessiert dieser neuen Bewegung zuwenden, stoßen bei ihren Recherchen auf viele weitere Missstände und decken immer neue Skandale in Agrarindustrie und Ernährungswirtschaft auf. Die logische Konsequenz: Unter dem Motto »Wir haben es satt!« demonstrieren immer mehr Menschen – nicht nur alljährlich in Berlin anlässlich der »Grünen Woche«, sondern auch in Hannover, um den Rothkötter-Schlachthof in Wietze und am geplanten Straathof-Schweinekonzern-Standort Donauwörth.

Bewährt hat sich die bewusste Beschränkung der Netzwerkarbeit auf das Thema der Tierfabriken. Grundlage der Arbeit ist die Verhinderung von agrarindustriellen Megaställen und die Förderung einer artgerechten und flächengebundenen Tierhaltung in bäuerlichen Strukturen. Weitere Themen und Inhalte werden natürlich auch im Netzwerk diskutiert – sie werden als wichtig empfunden, sind aber nicht Bedingung für das Mitmachen oder die Grundlage der Öffentlichkeitsarbeit. Das verhindert eine Überfrachtung der Bewegung, unnötige Konflikte und Spaltungen. Die genuinen und gemeinsamen Themen der Bürgerinitiativen sind eben nicht generell »die Landwirtschaft«, »die Bauern« oder »die Gülle«, sondern die Verhinderung speziell der agrarindustriellen Megaställe und deren Auswirkungen. Dieses begrenzte, aber zentral wichtige Ziel liegt auch im Interesse aller anderen Engagierten aus Tierschutz, Landwirtschaft, Umweltschutz und Eine-Welt-Bewegung: Es verändert an einem wesentlichen Punkt die agrarindustrielle Entwicklung, es bringt viele Menschen zusätzlich in Berührung mit weitergehenden Anliegen und Ansätzen.

Erfolg: neue Tierplatz-Obergrenzen im Baurecht

Bewährt haben sich vor diesem Hintergrund gerade auch die Tierplatzzahlen, die erstmals das Netzwerk 2010 aus Anlass der Internationalen Grünen Woche in Berlin in seinem Positionspapier[2] als Obergrenzen für die baurechtliche Bauprivilegierung öffentlich eingefordert hat. Für Anlagen mit mehr als den dort genannten Tierplätzen sollen die Gemeinden ein Vetorecht erhalten. Mit der Novelle des Bundesbaugesetzbuches haben diese Obergrenzen für alle Anträge nach dem 4. Juli 2012 und das Vetorecht seit September 2013, also bereits knapp vier Jahre später, zumindest für gewerbliche Ställe Gültigkeit erlangt: 1.500 Schweinemast-, 560 Sauen-, 30.000 Masthühner-, 15.000 Legehennen- bzw. Puten- und 600 Rinderplätze. Diese Zahlen haben ihren Ursprung im Bundes-Immissionsschutzgesetz. Es waren zum damaligen Zeitpunkt die einzigen in der Gesetzeslandschaft verankerten Grenzen. Daher haben wir eben diese genutzt, um schnell (ohne jahrelange Pro- und Kontra-Diskussion) zu einer Sperre gegen weitere Megaställe zu kommen. Das hat sich bewährt, weil diese Grenzen auch plausibel sind – vor allem, aber nicht nur in der Frage der Immissionsrisiken für Anwohner und Umwelt.

Denn diese Grenzen markieren in jedem Fall auch die Obergrenzen für eine artgerechte und flächengebundene Tierhaltung auf Bauernhöfen bzw. halten den Rückbau offen für eine solche Tierhaltung: Beim Weidegang der Kühe ist dies besonders offensichtlich, denn die für den Weidegang erforderlichen Grünlandflächen können Großbetriebe kaum bieten. Hühner und Puten können sich in Großställen nicht an überschaubaren Gruppen von Artgenossen orientieren, gehen allein schon deshalb großteils gar nicht aus dem ohnehin viel zu großen Stall und können zudem große Teile des Auslaufs gar nicht nutzen, weil die Flächen wegen der hohen Tierzahlen so groß und teilweise gar nicht erreichbar sind. Schweine brauchen Stroh und zumindest einen begrenzten Auslauf, auch dies können Bauernhöfe weitaus besser umsetzen als Megaställe.

Wir wollen in der neuen Legislaturperiode des Bundestages durchsetzen, dass das neue Vetorecht der Gemeinden nicht nur für »gewerbliche« Megaställe ohne ausreichende Flächengrundlage gilt, sondern ebenso für sogenannte »landwirtschaftlich privilegierte« Megaställe. Schließlich ist es hinsichtlich der Auswirkungen der Emissionen eines Megastalles und damit für Anwohner und Umwelt völlig gleichgültig, ob der Investor irgendwo noch irgendwelche Flächen angepachtet hat, um so die ausreichende Flächengrundlage nachzuweisen. Der generelle Stopp aller Megaställe ist auch der entscheidende Hebel gegen neue Schlupflöcher: Derzeit schaffen gewerbliche Investoren angebliche »Flächennachweise« – durch Scheinverträge mit

Ackerbaubetrieben oder durch Pachtverträge, deren Restlaufzeit unterhalb der gerichtlich vorgeschriebenen 18 Jahre liegt. Man wird auch bei dieser Baugesetznovelle auf die Unterstützung der kommunalen Spitzenverbände und vieler CDU-Landräte aus den agrarindustriell geprägten Tierhaltungsregionen setzen können, da sie auch die 2013 vollzogene Novelle unterstützt haben.

Wichtig: klare Abgrenzung zur Agrarindustrie

Die erwähnten Obergrenzen sind auch deshalb elementar wichtig, weil Bauern anhand dieser Zahlen klar einschätzen können, ob sie mit Begriffen wie »Agrarfabriken«, »Agrarindustrie« oder »Massentierhaltung« gemeint sind oder eben gerade nicht. Diese Zahlen zeigen auch, dass es der Bewegung nicht um eine nostalgische Rückkehr zu »kleinbäuerlichen Betrieben« geht, sondern um den Erhalt auch gut strukturierter mittelbäuerlicher Betriebe in Abgrenzung zur Konzern-Agrarindustrie. Bauernhöfe sind nicht Bullerbü. Auch auf Bauernhöfen findet nicht automatisch eine artgerechte Tierhaltung statt. Aber die einzige Alternative zur Agrarindustrie sind eben Betriebe, die von unabhängigen Bauern und ihren Familien selbstbestimmt und mit Generationen übergreifendem Blick nachhaltig bewirtschaftet werden. Dies schließt die Notwendigkeit gesetzlicher Vorgaben zum Umweltschutz und für eine artgerechte Tierhaltung durchaus nicht aus, ihre Strukturen sind aber die Voraussetzung für deren Realisierbarkeit.

Diese Obergrenzen entscheiden deshalb mit darüber, wie viele Landwirte sich von der Bewegung »Bauernhöfe statt Agrarfabriken« nicht abgeschreckt, sondern sogar mitvertreten sehen. 90 Prozent der Schweinehalter bleiben bislang unter diesen Obergrenzen. Die restlichen zehn Prozent agrarindustrieller Wachstumsbetriebe sind für den Hauptteil der für alle Bauern die Erzeugerpreise drückenden Überschussproduktion verantwortlich. Das neue Baurecht begrenzt dieses ruinös-unsinnige »Wachsen oder Weichen« und schafft – wegen der damit verbundenen Mengenbegrenzung –

Tierfabriken verhindert – Erfolge in den einzelnen Bundesländern

Allein seit Ende 2012 bis Oktober 2013 konnten 30 Tierfabriken für 1,9 Millionen Masthühner, 335.000 Legehennen, 20.000 Puten, 113.000 Schweine und 2.200 Kühe sowie ein Großschlachthof für Masthühner vor Ort verhindert werden:[3]

Mecklenburg-Vorpommern
Im mecklenburgischen *Kuppentin* (bei Plau) erreichte der BUND die vorläufige Stilllegung einer 130.000er-Hähnchenmastanlage wegen einer fehlenden Umweltverträglichkeitsprüfung eines FFH-Gebiets. Im mecklenburgischen *Wattmannshagen* wurde der Bau einer 200.000er-Hähnchenmastanlage und im vorpommerschen *Klein Daberkow* der Weiterbau einer 400.000er Hähnchenmastanlage gestoppt. Die Gemeinde *Mestlin* setzte beim Verwaltungsgericht Schwerin die vorläufige Stilllegung einer 2008 genehmig-ten 1.500er-Schweineanlage durch – wegen Verstoßes gegen die Vogelschutzrichtlinie. Anfang März 2013 stoppte das Amt für Raumordnung und Landesplanung Rostock unbefristet den Neubau einer Mastanlage für 7.900 Schweine in Suckwitz wegen fehlender Verträglichkeitsuntersuchungen zum Naturschutz und zur Betroffenheit des Tourismus. Eine Bürgerinitiative aus dem vorpommerschen *Angermünde* erreichte die Ablehnung des Antrags der Milchgut Schmargendorf KG auf Erweiterung ihrer Milchviehanlage von 560 auf 1.400 Plätze. Im August 2013 ließ der Investor einer 300.000er-Masthühneranlage in *Groß Lukow bei Neubrandenburg* angesichts eines angeordneten Raumordnungsverfahrens die Frist für eine Stellungnahme verstreichen. Der in der agrarindustriellen »Bio«- und »Freiland«-Haltung aktive Heinrich Tiemann konnte seine 40.000er-Legehennenanlage in *Gremersdorf-Buchholz* nicht realisieren.

Niedersachsen und NRW
In Niedersachsen erreichte die Bürgerinitiative *Dielmissen* die Versagung der Genehmigung einer Hähnchenmastanlage durch den Landkreis Holzminden. Im Februar erfolgte die vorläufige Stilllegung zweier Hähnchenmastanlagen im emsländischen *Wippingen* mit 84.000 Stallplätzen – Einwender hatten die unzureichende gutachterliche Berücksichtigung der Stickstoffemissionen auf die benachbarte Natur und die Gefährdung der Anwohner durch Bioaerosole moniert. Im März untersagte das Verwaltungsgericht Osnabrück in *Bippen* die Rodung von 1,7 Hektar Wald im Naturpark Teutoburger Wald für zwei mal 50.000 Hähnchenmastplätze. Im April zog der Investor für zwei Hähnchenmastanlagen (85.000 Mastplätze) im niedersächsischen *Springe/Boitzum* unter dem Druck der örtlichen Bürgerinitiativen seinen Bauantrag zurück. Der Landkreis *Stade* versagte aus Gründen des Immissionsschutzes die Genehmigung für einen 2.000er-Schweinemaststall. Ende April gab die Bürgerinitiative *Dalldorf* (Landkreis Gifhorn) die Verhinderung einer 120.000er-Legehennenanlage bekannt. In *Wendesse* verzichtete ein Landwirt nicht nur auf die Baupläne für eine 37.000er-Masthühneranlage, sondern stellte auch seinen ▶

einen neuen Rahmen für höhere Erzeugerpreise, für »Klasse statt Masse« und für »Preiswachstum statt Mengenwachstum«. Filtererlasse (nur für Megaställe) und Vorgaben zum qualifizierten Flächennachweis zum Verbleib der Gülle haben eine ähnliche Wirkung in Richtung »Bauernhöfe statt Agrarfabriken«.

Erfolg: Tierschutzpläne und EU-Vorgaben

Noch stärker in diese Richtung wirken die Erfolge der Bewegung auf dem Gebiet des Tierschutzes: Der Niedersächsische Tierschutzplan aus dem Jahr 2011 listet nicht alle, aber wesentliche Missstände in der Nutztierhaltung auf und nennt klare Termine für deren Beendigung. Es ist bezeichnend für die Stärke der Bewegung, dass dieser Tierschutzplan zunächst von einer CDU-FDP-Regierung verabschiedet wurde. Die heutige rot-grüne Landesregierung setzt diese Vorgabe weiter konsequent um.

Nach einer Exkursion des niedersächsischen Agrarministers mit Landwirten und Wissenschaftlern nach Österreich soll jetzt das Schnabelkürzen (besser: das Amputieren der Schnabelspitzen) bei Legehennen beendet werden, danach auch bei den Puten. Wie bei den Geflügelschnäbeln ist auch bei den Ringelschwänzen der Schweine das Kupieren seit vielen Jahren durch entsprechende EU-Richtlinien verboten. Während Tierhalter in Skandinavien, im Baltikum oder in England diese Vorgaben längst einhalten, hat man sich bisher in Deutschland mit »Ausnahme«-Regelungen für 90 (!) Prozent der betroffenen Tiere vor der vorgeschriebenen Umsetzung gedrückt. Die EU-Kommission nimmt dies nicht mehr hin und hat Bund und Bundesländern bereits hohe Strafen angedroht. Mittlerweile haben Schleswig-Holstein und NRW ähnliche Arbeitsgruppen eingesetzt wie in Niedersachsen, die an der raschen Beendigung der Kupiereingriffe arbeiten.

All dies erzwingt dann eine artgerechte Haltung der Tiere mit mehr Platz, auf Stroh und mit Auslauf. Bei aller Bedeutung weiterer wichtiger Faktoren für das Tierwohl – diese Haltungsbedingungen sind »durchschnittstauglich« für alle Betriebe und damit auch die

bisherigen Maststall gleicher Größe ein – angeblich wegen verschärfter Vorschriften, vermutlich aber vor allem wegen der ruinösen Erzeugerpreise.

Ende März 2013 erreichte die Bürgerinitiative *Hüllhorst/Tengern* (bei Minden), dass der Investor seinen Antrag auf Bau einer 39.000er-Hähnchenmastanlage zurücknahm. Ebenfalls im März wies das *OVG Münster* die Beschwerde eines Investors zurück, der in einem Naturschutzgebiet eine Putenmastanlage von 35.000 auf 55.000 Mastplätze aufstocken wollte. Ein Investor in *Ganderkesee* zog im Juni nach heftigem Bürgerwiderstand seinen Antrag auf einen Stall mit 37.500 Masthühnerplätzen zurück. Das OVG Lüneburg setzte im Juli eine Genehmigung des Landkreises *Stade* für einen 6.200er-Schweinemaststall in *Düdenbüttel* außer Kraft – wegen unzureichender Zufahrt und Stickstoffbelastung eines benachbarten Moores. Eine Bürgerinitiative in *Rastede* stoppte eine Milchviehanlage für 918 Kühe, ein anderer Investor in *Apen-Tange* zog den Antrag auf eine Aufstockung von 500 auf 1.000 Kuhplätze zurück. Eine Aufzuchtanlage für 85.000 Legehennen scheiterte in *Normannshausen* (Diepholz) an der falsch angegebenen Futterflächengrundlage. Nach jahrelanger Auseinandersetzung mit der Stadt Emden zog ein Investor den Antrag auf eine 85.000er Junghennenanlage in *Wybelsum* zurück. In *Ahlhorn*, Zentrum der Agrarindustrie und Wahlkreis der niedersächsischen »Ex-Agrarindustrie-Ministerin« Grotelüschen, erzwang die Bürgerinitiative MUT eine Bürgerbefragung, bei der ein geplanter Masthühner-Großschlachthof der Firma Kreienkamp mit 56 Prozent Mehrheit zu Fall gebracht wurde.

Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen, Thüringen
Angesichts des Widerstands einer Bürgerinitiative im brandenburgischen *Klausdorf* zog der Investor den Antrag auf eine 5.000er-Schweinemastanlage zurück. Das OVG Magdeburg entschied zugunsten der klagenden Stadt *Genthin*, dass der agrarindustrielle Straathof-Konzern eine auf 50.000 Ferkelplätze erweiterte Ex-LPG-Anlage auf die genehmigten 11.000 Tiere zurückbauen muss. Der niederländische Agrarindustrielle Straathof muss laut Urteil des Landesverwaltungsgerichts zudem eine ungenehmigte Biogasanlage bei seinen Schweinemastanlagen in *Binde* (bei Salzwedel) stillegen – dies droht auch weiteren ungenehmigt gebauten Stallanlagen. Ende Februar stoppte die Bürgerinitiative *Diesdorf* (bei Salzwedel) mit Unterstützung des Netzwerks und des BUND eine geplante Hähnchenmastanlage mit 200.000 Plätzen, die Initiative in *Hanum/Jübar* im Juli eine mit 80.000 Plätzen.

Die sächsische Gemeinde *Zschepplin* erreichte beim OVG Bautzen eine aufschiebende Wirkung gegenüber den Bauplänen dänischer Investoren für eine 11.000er-Schweinemastanlage im Ortsteil Krippehna. Vor einer letztinstanzlichen Entscheidung dürfe die Anlagen nicht gebaut oder betrieben werden. Der BUND Thüringen und die Bürgerinitiative »Diamantene Aue« betrieben eine erfolgreiche Klage beim Verwaltungsgericht Weimar gegen die Genehmigung einer 8.000er-Schweinemastanlage in *Oldisleben* – die Beeinträchtigung benachbarter FFH-Gebiete und Biotope war bei der Genehmigung durch das Landesverwaltungsamt nicht richtig berücksichtigt worden. Investor van Gennip zog seinen neuerlichen Antrag auf eine 32.000er-Schweineanlage im altmärkischen *Cobbel-Mahlwinkel* abermals zurück.

unerlässliche Vorbedingung für die Beschränkung der Anwendung von Antibiotika auf einzelne kranke Tiere.

Die Agrarindustrielobby bzw. die Bauernverbandsspitze glauben immer noch, diese gesellschaftliche Entwicklung vor allem im Schweinebereich verhindern oder hinhalten zu können. Dabei ist klar, dass Veränderungen bei Management, Fütterung, Lüftung oder »Spielzeuge« in der Schweinebucht das Schwanzbeißen der Schweine nicht wirklich verhindern können. Dazu braucht ein neugieriges, intelligentes und wühlendes Tier wie das Schwein eben Stroh (und zum Abkoten draußen eine begrenzte Außenfläche). Ganz wie es EU-Richtlinien und praxisbewährte Programme bei NEULAND und im Biobereich längst vorschreiben.

Tierschutz: »Klasse statt Masse« auf Bauernhöfen

Auch diese Tierschutzvorgaben begünstigen somit bäuerliche Strukturen, deren Tierplatz-Dimensionen zumeist deutlich unter den baugesetzlichen Obergrenzen liegen werden. Eine artgerechtere Haltung ohne Schwanz- oder Schnabelkupieren, mit Stroh und Auslauf oder mit Weidegang können Bauernhöfe viel besser realisieren als Tierfabriken. Weil die entsprechenden Richtlinien EU-weit als »Cross-Compliance-Vorgabe« für den Erhalt der Flächenprämien gelten, wird ein ruinöser Wettbewerbsnachteil unterbunden. Durch das Verbot bestimmter Haltungsbedingungen (wie zuvor der Käfighaltung) gibt es auch keine konkurrierenden Billigangebote aus Stresshaltung mehr. Weil die flächendeckend neue Tierhaltung die Überschussmengen drastisch verringert, gibt es auch keine defizitären und schädlichen Drittlandexporte mehr. Die tierschutzbedingte Mengenbegrenzung schafft also auch Spielraum für faire Erzeugerpreise – mit gesellschaftlicher Akzeptanz! Viele gute Gründe also für Bauern, sich in diese gesellschaftliche Bewegung massiv einzumischen mit Forderungen nach Praktikabilität und einem massiven und zeitlich angemessenen Umbau- und Förderprogramm!

Folgerungen & Forderungen

- Das baugesetzliche Vetorecht der Gemeinden ist auf sämtliche beantragte Megaställe auszuweiten.
- Die EU-Tierschutzvorschriften sind in allen EU-Ländern umzusetzen.
- Zum Schutz von Anwohnern sind Immissionsobergrenzen für Keime festzulegen.
- Notwendig sind Stallumbauprogramme für eine artgerechte Tierhaltung in bäuerlichen Strukturen.
- Erforderlich ist eine breite Unterstützung der internationalen Vernetzung von Initiativen gegen Agrarfabriken.

Dies alles gilt leider zunehmend auch für den Bereich der Bio-Tierhaltung, die immer häufiger in »Bio«-Agrarfabriken wandert, die sich zudem großteils in der Hand altbekannter klassischer Agrarindustrieller befinden. Höchste Zeit für die Bioverbände, sich für echtes »Bauernhof«-Bio einzusetzen, klare und zumeist niedrigere Obergrenzen vorzuschreiben und das »Bio-Light« in der EU-Öko-Verordnung an diese höheren Standards anzupassen. Die Bewegung gegen agrarindustrielle Tierhaltung wird – nach dem Vorbild des Verbots der Käfighaltung – dazu führen, dass es EU-weit keine konventionellen Billigstprodukte mehr gibt. Dies verringert die abschreckenden Preisabstände zu Bio-Produkten. Es wäre schön, wenn sich noch mehr Bioverbände an der Bewegung »Bauernhöfe statt Agrarfabriken« beteiligen würden. Zumal auch immer mehr Biohöfe aktiv im Netzwerk mitarbeiten, die ihre Akzeptanz und ihre Vermarktung durch Immissionen benachbarter Megaställe auf ihren Feldfrüchten gefährdet sehen.

Weitere Erfolge des Netzwerks

Das Netzwerk hat gemeinsam mit anderen Aktiven weitere Themen mit vorangebracht: die Diskussion um die Qualzucht bei vielen Tierarten, die Debatte um den Einsatz von Antibiotika in der Tierhaltung und um die dadurch geförderten resistenten Keime, die Auseinandersetzung um den Schutz der Tiere bei Stallbränden oder Ausfall der Lüftungsanlagen, die Abschaffung der deutschen EU-Exportsubventionen, die Beendigung der Ausbeutung durch Werkverträge in Schlachtbetrieben, Programme zur Förderung des heimischen Anbaus von Leguminosen und anderen Eiweißfutterpflanzen, Beschränkung der Stallbau-Investitionsförderung in einigen Bundesländern auf artgerechte Tierhaltung, zuletzt auch die Ankündigung der Agrarministerien von NRW und Niedersachsen zur baldigen Beendigung der Tötung männlicher Küken von Legehennenrassen. Auch der neuerliche Rückgang des Verzehrs von agrarindustriell erzeugtem Geflügelfleisch geht sicher mit auf das Konto des Netzwerks.

Deutlich vorangebracht hat das Netzwerk auch die überfällige Diskussion über die unsinnige Überproduktion, bei der hierzulande mit Importfuttermitteln große Fleischüberschüsse erzeugt werden, die zu Lasten der Bauern hierzulande und in den Empfängerländern der Dumpingexporte gehen. Die seit Jahren konstatierte, im Verdrängungskampf der Geflügelkonzerne geschaffene »Überschussblase« bei Masthühnern und Puten und die damit verbundene ruinöse Lage der abhängigen Vertragsmäster kann auch der Zentralverband der Geflügelwirtschaft nicht mehr wegreden, wenn er vom »wirtschaftlichen Limit«, einer »dramatischen Erlössituation« und Problemen bei der Erwirtschaftung getätigter Stallinvestitionen redet.[4] Die Strategie der

Schweine-Schlachtkonzerne, Überschüsse auf Drittlandmärkten wie Russland abzusetzen, bekam einen massiven Dämpfer durch die Ankündigung des Schlachtkonzerns Tönnies, des Landbau-Biogas-Konzerns KTG und des Fleischvermarkters RKS, dass man riesige Agrarfabriken für eine Million Schweine in Südrussland plane.[5] Viele Stallbauten haben sich vor diesem Hintergrund und angesichts jahrelang ruinös gedrückter Erzeugerpreise bereits als Fehlinvestitionen erwiesen. Viele jener Antragsteller, deren Ställe durch Bürgerinitiativen verhindert wurden, dürften dem Netzwerk mittlerweile dankbar sein.

Das Thema im Kritischen Agrarbericht

- Eckehard Niemann: Agrarindustrie macht einsam. Das Netzwerk »Bauernhöfe statt Agrarfabriken« bietet dem Ausbau der Massentierhaltung Paroli. In: Der kritische Agrarbericht 2011, S. 184–188.
- Eckehard Niemann: Gegenwind für Agrarfabriken. Bürgerinitiativen verhindern Tierfabriken und stoßen politische Regelungen an. In: Der kritische Agrarbericht 2012, S. 42–46.
- Eckehard Niemann: Die »Hähnchenblase«. Über die Krise der Geflügel-Agrarindustrie und eine erstarkende Bürgerbewegung. In: Der kritische Agrarbericht 2012, S. 122–125.
- Eckehard Niemann: Schweinemarkt – Überschüsse und längst nicht mehr kostendeckende Preise. In: Der kritische Agrarbericht 2013, S. 121–123.

Anmerkungen

1 BUND-Studie: Anträge und Bewilligungen für den Bau neuer Tierhaltungsanlagen in Deutschland; Stand Januar 2013.

2 Das Positionspapier »Für eine zukunftsfähige und nachhaltige Nutztierhaltung auf bäuerlichen Betrieben – gegen Agrarfabriken!« ist nachzulesen unter www.bauernhoefe-statt-agrarfabriken.de/positionspapier.

3 Angaben gemäß Mitteilungen von Bürgerinitiativen und Medienberichten, jeweilige Zahlen gerundet und ohne Gewähr.

4 Pressemitteilung ZDG vom 23. August 2013: »Hähnchenerzeugung – Halter arbeiten am wirtschaftlichen Limit«.

5 Pressemitteilung der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft, Landesverband Niedersachsen/Bremen vom 2. Oktober 2013: »Mega-Tierfabriken von Tönnies und KTG Agrar in Russland – Alarmsignal für Strategiewechsel in der Schweinehaltung«.

Eckehard Niemann
Vertreter der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) in der Bundeskoordination des Netzwerks »Bauernhöfe statt Agrarfabriken« und dort Mitkoordinator

Varendorfer Str. 24, 29553 Bienenbüttel
E-Mail: eckehard.niemann@freenet.de